



Nr 6

Dezember

Die Propagandistin

Zeitung der 16. Abteilung "Grünes Dreieck"

SPD

Erbe verzockt?



Autorität



Integrität



Ehrlichkeit



Anstand



Stallgeruch



Ehre



In dieser Ausgabe:

Schwerpunkt

Mehr Demokratie wagen **3**

Aus dem Kiez

Problem Tegeler Straße **9**

Aktuell

Das Liebe Geld **11**

Diskussionsforum

**Ethik in den Schulen,
Integration, Armutsbericht,
Grundeinkommen** **18**

Aus der Abteilung

Unser Sommerfest **31**

Feuilleton

**Wahlkampf in Amerika, Josef
Winkler** **32**

Politisches Lied

Das Solidaritätslied **38**

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Leserinnen und Leser,**

wir sind sehr stolz euch unsere letzte Ausgabe der Propagandistin im Jahr 2008 präsentieren zu können. Ich bin sicher, auch diese Ausgabe wird euch wieder viel Freude beim Lesen und Nachdenken bereiten und vielleicht den Einen oder Anderen motivieren uns einen Diskussionsbeitrag zu zusenden. Die letzte Ausgabe dieses Jahres eignet sich sehr gut einmal auf die Aktivitäten unserer Abteilung „Grünes Dreieck“ in diesem Jahr zurückzuschauen. Nachdem im Februar

auf der Jahreshauptversammlung ein neuer Vorstand gewählt wurde begann schon gleich die heiße Phase des Mitgliederbegehrens zum Flugbetrieb in Tempelhof. Zwischen März und April hielten wir fast jeden Samstag vor dem Karstadt am Leopoldplatz die SPD Fahne hoch und warben für die Schließung des Flughafens. Nach fast zwanzig Jahren politisches Engagement wurde endlich das Nordufer geschlossen und der Kiez von den täglichen Pendlern befreit. Auf einer Klausurtagung des Abteilungsvorstandes schmiedeten wir Pläne, wie wir uns als Abteilung in Zukunft im Kiez einbringen wollen und welche langfristigen Ziele wir verfolgen werden.

Ende August konnten wir die Früchte, der vielen Stunden Vorbereitungszeit ernten und mit den Bürgen unseres Kiezes ein tolles Sommerfest feiern. In mehreren Turnieren und Freundschaftsspielen unserer Fußballmannschaft zeigten wir, dass auch auf dem Feld mit uns rechnen ist. Die Juso AK wurde gegründet und erarbeitete sich unter anderem ein sehr gutes und ambitioniertes Programm zur Mitgliederwerbung und – Aktivierung, sowie zum Umgang mit der Alkohol- und Drogenszene am Leopoldplatz. Eine „Denkfabrik“ zur programmatischen Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen wie z.B. Arbeit, Energie und Kapitalismuskritik hat seine Arbeit aufgenommen. Hierneben seien die Mitgliederversammlungen zu wechselnden Themen, Einschulaktion, Beteiligung an diversen Festen, Wahl eines neuen Kreisvorstandes, Delegiertenwahlen für die Wahl des Bundestagskandidaten 2009, Sommergrillen, Bowling mit den Nachbarabteilungen und vieles mehr genannt.

Ich denke das Gesagte reicht aus zu zeigen, wie gesund und voller Energie unsere Abteilung ist und was es heißt Sozialdemokratie zu leben. Liebe Genossinnen und Genossen ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe und wünsche ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest und ein guten Start ins Neue Jahr.

Euer Hanno Winter



Schwerpunkt

Frei nach Willy Brandt: „mehr Demokratie wagen“

Neue Führung – Glück auf?

Es sind gerade acht Wochen her, da wurde Kurt Beck aus dem Amt des Parteivorsitzenden gemobbt und Frank Walter Steinmeier schrieb schon wenige Tage danach in einem schrecklich zynischen Mitgliederbrief: „Unsere Partei braucht eine starke Führung und ein starkes Zentrum. Mit den heutigen Beschlüssen haben wir die Weichen gestellt.“ Dieser Satz brachte bei mir das Fass zum Überlaufen. Auch in unserer Abteilung war die Entrüstung sehr groß, dass unser Abteilungsvorsitzende Udo Sack eine wütende Email an das Willy-Brandt Haus schrieb und unserem Zorn über diese Entscheidung Luft verschaffte. Unsere Abteilungs-Jusos waren ebenfalls angefahren und gaben als spontane Reaktion dem ARD ein kurzes Interview, welches dann sogar in den Tagesthemen gesendet wurde.

Was mich an diesen besagten Satz so wütend macht ist nicht, dass ich eine starke Führung oder ein starkes Zentrum schlecht fände. - Nein es ist zynisch, dass dieser Satz unmittelbar im Zusammenhang mit Becks Rücktritt aus dem Mund des Kronprinzen von Schröder verlautbart wurde. Beck's Führungsstil war zwar mit Sicherheit in vielen Punkten kritikwürdig, Beck stand jedoch wie kaum ein anderer als Integrationsfigur an der Spitze der SPD. Er führte den so sehr notwendigen Dialog mit den Flügeln der Partei und versuchte eingefahrene Sichtweisen und Reflexe aufzubrechen. Er schlug einen Weg zwischen mantrahafter Anbetung der Agenda 2010 auf der einen Seite und der Verteufelung dieser auf der anderen Seite ein. Er wollte offen über die Dinge reden die gut und welche schlecht gelaufen sind.

Keine Frage, dieser Balanceakt gelang ihm nicht immer und er verknüpfte sich ungeschickt in Widersprüche. Er trug fahrlässig sogar dazu bei, dass die Landtagswahlen in Hamburg für die SPD verloren gingen. Mit solchen Fehlern war er dann auch ein gefundenes Fressen für die Medien, welche ihn und seinen Führungsstil heftig kritisierten und das Lied über die in sich zusammenfallende Volkspartei anstimmten.

Auch wenn er der Umsetzung seiner Vision oft selbst im Wege stand, bleibt sie dennoch richtig. Denn die Diskussionen über die Agenda 2010 und die zukünftige Ausrichtung der Partei sind noch lange nicht abgeschlossen. Und gerade in diesem Zusammenhang klingt der Satz von Steinmeier, welcher zusammen mit Müntefering die Agenda Politik der Parteibasis mit Macht aufgedrückt hatte, dass wir wieder eine starke Führung brauchen, wie eine Drohung. Bei wem, der weiß, dass dieser Basta Politikstil der SPD die Kleinigkeit von 500.000 Mitgliedern gekostet hat, platzt da nicht der Kragen?

Heute, gerade einmal 3 Monate später, fühlt sich das ganze schon sonderbar weit weg an. Der Crash an den internationalen Börsen und Finanzhäusern begrub allen Ärger über diesen Brudermord unter einem gigantischen Haufen fauler Kredite und Aktienpakete. So konnte man im letzten Jahr in fast jeder Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ mindestens einen Artikel über den Zerfall der SPD finden. - Heute findet man darüber kaum mehr eine Randnotiz, so als ob sich die Führungskrise in Luft aufgelöst hätte.

Aber wie steht es denn nun um die SPD? Sind wir uns nun endlich wieder einig und streben gemeinsam mit frischen Mut in das Superwahlkampfjahr 2009? Diese Frage lässt sich aus meiner Sicht jedenfalls für heute nur mit einem klaren Nein beantworten. Ich möchte dieses auch näher begründen.

Hier ist zum Beispiel das Thema „Umgang mit der Linkspartei“ zu nennen. Zwar wird der Beschluss von Kurt Beck Koalitionen mit der Links



Partei auf Länderebene zu zulassen von Steinmeier und Müntefering weiter offiziell unterstützt, dass führt aber anscheinend bei manchen Genossen zu derartigen inneren Gewissenskonflikten, dass sie es vorziehen lieber Koch wieder an die Macht zu helfen, welcher gerne hin und wieder durch Vorworte in Publikationen rechtsgerichteter Burschenschaften von sich reden macht. Ich bezweifle stark, dass das Gewissen die treibende Kraft dieser Entscheidung gewesen sein kann. Ich bin mir sicher hier spielen neben persönlichen Enttäuschungen vor allem eine neue Dimension im Umgang mit den Mitteln bei innerparteilichen Disputen um die Meinungsführerschaft eine Rolle.

Der gut platzierte Rückzug von Jürgen Walter, Silke Tesch und Carmen Everts ist die konsequente Umsetzung der bereits durch Becks Sturz initiierten Alles-oder-Nichts Flügelkampfmentalität. Dieser Stil, einmal angefangen, kann schnell um sich greifen, da er auch von der anderen Seite als Freibrief verstanden werden kann, in Zukunft bei Macht- und Richtungsfragen auch selbst so zu handeln. Ich kann nur hoffen, dass die Genossinnen und Genossen in den Ortsvereinen dieser Abgeordneten die Gefahr erkennen und die richtige Konsequenzen für die Aufstellung ihrer Kandidaten für die Neuwahlen in Hessen ziehen werden. Von Einigkeit der Partei oder zumindest von einem einstimmigen Auftreten in der Öffentlichkeit, ist hier wohl kaum zu sprechen.



Ein weiteres Thema ist die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Die sich schon ankündigende

Rezension wird im nächsten Jahr den Arbeitsmarkt stark unter Druck setzen. Gerade Deutschland als Exportweltmeister wird die aufkommende Wirtschaftsflaute besonders stark treffen. Die Automobilindustrie, unsere Schlüsselindustrie, hat bereits heute schon die Produktion gedrosselt oder sie vorübergehend gestoppt. All dieses wird auch harte Konsequenzen auf den Arbeitsmarkt haben, denn diese Krise wird die Arbeitnehmer wieder einmal besonders treffen. Die Arbeitnehmer haben durch ihren Lohnverzicht und sehr moderate Tarifverträge einen riesigen Beitrag für den Aufschwung und die steigenden Unternehmensgewinnen der letzten Jahre geleistet. Erst jetzt beginnen sie zögerlich vom Aufschwung zu profitieren.

Eine Rezension wird der Industrie wieder die Argumente liefern, die Arbeitnehmer nicht mehr an den ihnen zustehenden Gewinnen der letzten Jahre zu beteiligen. Und somit wären sie doppelt gestraft. Auch das Argument, dass leider Arbeitsplätze abgebaut werden müssen um das Überleben der Firma zu retten wird wieder erschallen. Die für uns Genossen nun spannende Frage ist deshalb, wie sich Steinmeier und Co. in einer solchen schwierigen Lage positionieren werden? Sollen die Arbeitnehmer ihre Lohnforderungen wieder runterschrauben? Dürfen wir die Unternehmenssteuern anheben um mehr Geld für die Förderung von Bildung und Forschung ausgeben zu können? Ist die Bemessungsgrundlage der Hartz IV Sätze nicht doch zu niedrig um ein würdiges Leben führen zu können? Während einer Rezension bei fallenden Staatseinnahme, wird die Grundsatzfrage beantwortet werden müssen, ob es sozial ungerechter ist sich zu verschulden um der heutigen Generation zu helfen, oder sich nicht zu verschulden und den kommenden Generationen eine höher Chancengleichheit zu ermöglichen? Schröder ist mit seiner Agenda Politik wohl eher dem zweiten Prinzip gefolgt und setzte Haushaltskonsolidierung an die erste Stelle sozial gerechten Handelns. Es ist fast schon ausgemacht, dass Steinmeier, Steinbrück und Müntefering



dieses Prinzip auch weiterhin als roten Faden ihrer Politik verfolgen werden. Jedoch wie viele Genossen dieser Politik dieses mal folgen werden ist fraglich. Gerade hier würde ich mir einen Weg zwischen der Links Partei und der rechten SPD Flügel wünschen. Denn verantwortungsvolle und sozial gerechte Politik muss alle Generationen mit einbeziehen. Sowohl die heutige, als auch die zukünftige. Nach der Ära Schröder des Forderns heißt das im Klartext: Jetzt sind endlich auch mal die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Reihe gefördert zu werden (und das fängt bei den Löhnen an und hört bei der Bildung auf). Wer das aus wirtschaftlichen Gründen heute wieder ablehnt macht sich aus meiner Sicht zur Marionette der Wirtschaft.

Die Hoffnung stirbt zu letzt

Als Frank Walter Steinmeier auf dem außerordentlichen Parteitag zum Kanzlerkandidat gewählt wurde und Franz Müntefering in das Amt des Parteivorsitzenden, hielt Steinmeier vor den Delegierten eine fast zweistündige Rede. Es war zugegeben ein überraschend starker Auftritt. Er kündigte in seiner Rede auch an die Schwächen der Agenda Politik offen zu benennen und daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Seine Worte zur Arbeitsmarktpolitik, Globalisierung, Bildung, Energie und vieles mehr waren gut gewählt. Seine Rede machte tatsächlich Hoffnung. Dennoch fühlte ich mich irgendwie sehr stark an die Rhetorik von Gerhard Schröder erinnert... - und das ist ja wahlkampftechnisch gar nicht so übel, wie wir wissen. Die Frage ist nur, meint er es damit nun auch wirklich ernst oder klingt diese Rede in zwei Jahren so wie dieser Satz heute? „Mein Votum bleibt unverändert: Ich halte Kurt Beck für den richtigen Kandidaten.“ (Frank Walter Steinmeier im Focus am 11.2

Leitlinien für eine Redemokratisierung der deutschen Sozialdemokratie oder „Das Mittel muss wieder zum Zweck werden“

Die Partei war der Souverän

Was machte die Sozialdemokratie mittlerweile fast schon Jahrhunderte stark? Es war die außerordentlich starke Basis. Sie war es die in der Bevölkerung stark verankert war. Sie war überall vertreten in den Gewerkschaften, Sportvereinen, den Karnevalsvereinen, den Schützenvereinen, den Nachbarschaftsinitiativen, den Elternräten, sozialen Vereinen, der freiwilligen Feuerwehr und so weiter und so fort, durch sie hatte die SPD so genannte Vorfeldorganisationen. Sie waren die Millionen von Multiplikatoren die den Wahlkampf der SPD so schlagkräftig machten, die für die SPD standen und warben. Die Partei und damit auch die Willensbildungsprozesse waren dezentral organisiert. Aus der Basis ging die Kraft hervor Menschen aus ihrer Mitte zu wählen und zum Beispiel in den Bundestag zu entsenden. Aus ihrer Mitte gingen Leute wie Brandt, Eppler, Schmidt, Kühn, Rau, Burauen, Burger, Lafontaine, Schröder und viele andere mehr hervor. Sie war es die die Integrationskraft aufbrachte um zum Beispiel einen Grossteil der 68'er in ihre Reihen auf zu nehmen. Sie war der souverän und die Politiker aller Ebenen, die Bundesspitze eingeschlossen, war das mehr oder weniger ausführende Organ.

War der Parteispitze etwas wichtig so musste sie mit der Basis in Klausur gehen und ihr den Sinn und Zweck des jeweiligen Vorhabens überzeugen. Und wenn dann der einzelne Abgeordnete einen Kaffee trinkt so wird natürlich von der Gastgebernden Parteigliederung dazu eingeladen, nicht weil man reich ist sondern weil es die Gastfreundschaft so gebietet wenn man überhaupt darüber nachdenkt. Der Mandatsträger ist Gast der Partei, die Partei hat somit das Hausrecht. Dies bedeutete auch dass die Ortsvereine ausreichend finanziell ausgestattet waren um all

**Erbschaftsteuer: Starke
Schultern müssen mehr tragen.**





diese Arbeit leisten zu können. Dabei ging es nicht um Unsummen. Es gibt niemand sparsamer als einen Ortsvereinskassierer. Nirgendwo wird soviel in Eigenleistung gemacht und jeder einzelne Pfennig öfter umgedreht als auf Ortsvereinsebene! In dieser Zeit erkämpften sich die einzelnen Arbeitsgemeinschaften ihre Unabhängigkeit und das recht eigene Vorstände demokratisch zu wählen und damit zu legitimieren.

Kurzum: die Basis war der Zweck und die Führung das Mittel um politische Inhalte durch zu setzen.

Die SPD verliert ihre Kampagnenfähigkeit!

Aber wo sind wir jetzt? Die Mitgliederzahlen erodieren genauso wie die Ortsvereinsfinanzen.

Hauptsächlich sind es die aktiven Mitglieder welche die Partei verlassen. Entweder sie geben ihr Parteibuch zurück oder aber sie gehen in die innere Immigration und ziehen sich aus der aktiven Parteiarbeit zurück. Wir verlieren also unser schlagkräftigstes Mittel im politischen Diskurs, nämlich unsere Multiplikatoren. Die Sozialdemokraten die noch anderswo als in der SPD aktiv sind, sind nicht mit der SPD vernetzt, werden nicht eingebunden oder geschweige mitgenommen. Die SPD verliert ihre Kampagnenfähigkeit. Seit langem schon wird der Anteil den die Basis, also der Ortsverein von jedem Beitragspfennig erhält stück für stück gekürzt. Im Jahre 2001 lag der Anteil bei 8% und ich wage zu bezweifeln dass er seitdem wieder angehoben wurde. Ich vermute es ist mittlerweile noch weniger geworden und das bei steigender Inflation.

Zwar gibt es noch einzelne Ortsvereine die von den fetten Vorjahrzehnten zehren, aber im Großen und Ganzen sind die Ortsvereine nicht mehr wirklich finanz- und damit schlagkräftig genug um größere Aktionen außerhalb der Wahlkämpfe zu stemmen. Sie sind nicht mehr in der Lage mehr oder weniger regelmäßig hochkarätige Referenten ein zu laden oder Bildungsseminare zu wichtigen Themen ab zu halten. Wovon

denn? Es ist doch ein Hohn wenn regelmäßig stundenlange Sitzungen zum Thema Finanzen abgehalten werden wo ein Ortsvereinsvorstand sich über zweistellige Summen berät. Ein Vorstand besteht in der Regel aus neun bis dreizehn Mitgliedern je nach Größe des Ortsvereins. Nehmen wir die Zahl neun als Berechnungsgrundlage: neun Menschen sitzen für drei Stunden zusammen und konzentrieren ihre Kraft auf dieses Thema.

Was hätte man in dieser Zeit alles Sinnvolles planen besprechen oder sonst wie voran bringen können. Von der Arbeits- und damit Lebenszeit der Beteiligten mal ganz abgesehen. Auch dies führt zu zunehmender Demotivierung aller Beteiligten. Auch haben mittlerweile die Arbeitsgemeinschaften fast völlig unbemerkt ihre Unabhängigkeit verloren und sind nun dem Wohlwollen der Parteiführung ausgeliefert. Dies sind keine Auswüchse sondern eine grundsätzliche Tendenz. Die Parteispitze hat die Basis Stück für Stück entmachtet und Organisations- und damit verbunden auch Finanz- und Entscheidungsbefugnisse zentralisiert.

Das bedeutet für jedes einzelne Mitglied weniger Einflussmöglichkeit oder zumindest der Eindruck von Einflussmöglichkeit. Der ist aber entscheidend für das einzelne Mitglied. Fast jedes Mitglied ist einmal aus eigenem Gestaltungswillen heraus politisch geworden. Wozu aber Mitglied werden wenn man aus dem Spiegel erfährt wie man übermorgen abstimmen wird.

Wo besteht der Sinn einer Parteimitgliedschaft wenn man keinen Einfluss auf Entscheidungen nehmen kann und noch nicht einmal einen Informationsvorsprung hat? Zu allem Überfluss werden zum Beispiel in NRW Bezirke die keinen historischen Bezug zueinander haben zusammengelegt und damit größere weniger durchschaubarere und schwieriger zu durchdringende Einheiten gebildet, welche ganz zwangsläufig auch zentralistischer organisiert sind als das vorher der Fall war.



ufer Café

gemütliche Klavierstube

Nordufer 4 . 13353 Berlin

Telefon: (030) 45 02 18 72

Inhaber und Musiker - Falki und Robert



**mit schönem
Biergarten**



Täglich geöffnet
von 16.00 bis 04.00 Uhr
Sonntags bis 24.00 Uhr

GUTSCHEIN
für eine Berliner Weiße mit Schuß
(NATÜRLICH ROT!)
Bei Abgabe
dieses Gutscheins!

- An fast allen Tagen bieten wir euch ein interessantes Rahmenprogramm! z.B.:
- jeden Sonntag ab 16:00 Uhr Kaffeeklatsch mit Live Musik
- jeden Sonntag ab 21:30 Uhr Chansonabend
- jeden Mittwoch um 21:00 Uhr Filmabend



Es ist ein schleichender Prozess der Zentralisierung der hier stattfindet, aber er gewinnt an Fahrt. Heute sind die Ortsvereine doch froh wenn sich ihnen einer der oberen bei ihnen blicken lässt und am ende sogar noch eine Runde schmeißt. Nicht mehr die Basis ist Herr im Haus sondern der Vertreter der Exekutive ist der Gastgeber. Die Parteispitze ist sich dessen auch durchaus bewusst und maßt sich immer mehr an. Nicht mehr die Basis entsendet jemanden aus ihrer Mitte sondern viel öfter werden Wahlkreise überstimmt wie zum Beispiel in Köln mehrfach geschehen oder es werden solche Leute von oben in Position gehievt die bisher vor allem durch Ungefährlichkeit aufgefallen sind. Ungefährlich für die Partielite bedeutet aber meistens auch Ungefährlichkeit im politischen Diskurs mit anderen Parteien. Die meisten unserer Bundes- und Landespolitiker Bundesweit sind doch blasse Figuren, nur sehr wenige gibt es die für etwas stehen und an denen man sich notfalls reiben kann.

Die Basis, also die aktiven Mitglieder, wird nur noch vor Wahlkämpfen hoch gehalten und bisweilen ein wenig hofiert. Aber nur bis zum Wahlabend, es sei denn es gibt eine Stichwahl. Danach soll sie wieder das machen wozu sie da ist: Beitrag zahlen.

Das wichtigste, der Mensch, in unserem Falle das Parteimitglied, ist zum Mittel einer politischen Pseudoelite verkommen welche mit unserer Hilfe fast ausschließlich ihre eigenen politischen Ziele durchsetzen will, welche sehr oft im krasen Widerspruch zu den politischen Zielen und Beschlüssen der SPS stehen. Ein Beispiel dafür ist die „Bahnreform“ welche nichts anderes als ein billiger Ausverkauf von Staats- und damit Volkseigentum ist.

Was ist also zu tun?

Wir, die Basis müssen uns stück für stück politischen Entscheidungsspielraum zurückerobern. Notfalls muss es auch das Mittel der Totalverweigerung als Ultima Ratio wie zum Beispiel in

Köln-Porz angewendet geben. Dort wurde ein Kandidat gegen den erklärten Willen von über 90% der anwesenden Wahlkreisdelegierten auf der nächsthöheren Ebene durchgesetzt. Das Ergebnis war dass der an sich sichere Wahlkreis für die SPD verloren ging da nicht ein einziger Stand seitens der Ortsvereine durchgeführt wurde. Das mag vielen als absolut unsolidarisch erscheinen, aber meiner Ansicht nach muss man sich Solidarität verdienen. Ohne diesen Akt der Selbstverteidigung jedoch wäre die Parteiführung immer weiter gegen lebendige aber eben auch widerpenstige Ortsvereine vorgegangen. Das wagt sich dort niemand mehr.

Aber zurück zum Konzept der lebendigen Mitgliederpartei... Verschiedene Dinge sind meiner Ansicht nach Notwendig um die SPD zu redemokratisieren: Sämtliche Mandate sollten ausschließlich auf Wahlkreisebene in Vollversammlungen bestimmt werden. Über Listenplätze sollte ausschließlich auf sehr groß angelegten Parteitagen einzeln abgestimmt werden und nicht so wie jetzt unter „ferner liefen“ so quasi nebenbei. Was die Parteifinancen angeht denke ich dass die Ortsvereine beziehungsweise Abteilungen 25% der Beiträge erhalten sollten um wieder finanziell und politisch Handlungsfähig zu werden. 25% halte ich ebenfalls für die Unterbezirke beziehungsweise Kreise für angemessen. Weitere 25% für die Bezirke und die verbleibenden 25% würde ich der Bundespartei zu gestehen. Dies würde allerdings auch bedeuten dass sich die Abteilungsebene stärker als bisher an den Kosten des Wahlkampfes beteiligen müsste. Aber auch da kann ich nur positives sehen, da bekanntlich Geld ein anderes Wort für Mitsprache ist.

Wenn wir den Flyer bezahlen dann entscheiden auch was drauf steht. Wir, die Partei, wissen besser als jeder „spindoctor“ und „Kommunikationsexperte“ wo der Bevölkerung bei uns der Schuh drückt. Geld sparen könnten wir zu allem Überfluss auch noch da es unser Know-How umsonst gibt, im Gegensatz zu dem der „Polititprofis“.



Leider ist die SPD schon so stark zentralisiert worden, dass wir als Mitglieder keine wirkliche Einflussmöglichkeit mehr haben, deswegen müssen wir unten anfangen und kämpfen, um stück für stück durch die Instanzen in die Gremien zu kommen, welche über diese Dinge zu entscheiden haben. Dort müssen wir Mitglieder Satzungsänderungen herbeiführen die es der Basis wieder ermöglicht sinnvolle Politik zu machen. Wir sind die Partei und nicht die da oben. Wir sind die Ehrenamtler und nicht die da oben die Geld mit ihrem Engagement verdienen. Wir sind die echten Sozialdemokraten die täglich für das eintreten müssen was da oben beschlossen

wurde. Wir müssen dafür arbeiten dass Entscheidungsprozesse wieder dezentral nah am Parteimitglied und damit am Menschen statt finden. Nur die innere Transparenz ermöglicht es uns die vielen verschiedenen Gruppen welche in der SPD vertreten sind aneinander und uns zu binden. Gelingt uns dieses nicht so wird die Linke immer mehr zersplittern und die SPD so wie wir sie kennen womöglich unter gehen.

*Mit solidarischen Grüßen
Sebastian Trommsdorff*

Aus dem Kiez

Hier gibt's Neues aus dem Brüsseler und Sprengelkiez

Durchgangsverkehr in der Tegeler Straße

Von Matthias Hübner

Für unsere Abteilung war die Schließung des Nordufers nach fast 20 Jahren Arbeit ein großer Erfolg, der auch von der Bevölkerung anerkannt wird wie die sehr gute Resonanz des Straßenfestes bewiesen hat. Doch dem Einen Freud ist ja bekanntlich des Anderen Leid und das trifft nun offenbar die Anwohner der Tegeler Straße, die nach der Schließung des Nordufers einen Anstieg des Verkehrs beobachtet haben. Dabei hat sich offenbar ein Teil des Durchgangsverkehrs vom Nordufer verlagert auf die Tegeler Straße, sowie die Sprengel- und Torfstraße.

Das kann und darf natürlich nicht der Sinn von Stadtplanung sein, wenn man durch eine Maßnahme Anwohner entlastet und damit gleichzeitig die Verkehrsbelastung anderer Straßenzüge um dieses Maß erhöht. Ob ein solcher Zusammenhang jedoch besteht, lässt sich nach der Schließung des Nordufers nur schätzen, Tatsache ist jedoch, dass das Verkehrsaufkommen auf den direkten Umfahrungsrouten zugenommen hat.

Über dieses Problem wurde sowohl in SPD Kreisen, als auch im Rahmen des Quartiersmanagement bereits diskutiert. Im Jahr 2007 gab es dazu eine Podiumsdiskussion, der eine erste Verkehrszählung von engagierten Anwohnern an der Tegeler Straße vorangegangen war. Dabei wurden zwischen 8 und 9 Uhr etwa 500 KFZ auf der Tegeler Straße gezählt, eine relativ hohe Zahl für eine derartige Straße, zumal sich auch noch die Gebrüder-Grimm-Grundschule dort befindet.

Es ist jedoch nicht unbedingt das wichtigste, zu wissen wo die Fahrzeuge genau lang fahren, welche die Schleichwege durch unseren Kiez nehmen, sondern wo sie hin wollen. Nur wenn das bekannt ist, kann auch eine gute Alternative angeboten werden oder herausgefunden werden, wieso die Autofahrer unbedingt den Weg durch die Wohngebiete vorziehen. Dazu ist geplant, im Verlauf des beginnenden nächsten Jahres erneut eine Zählung der Fahrzeuge vorzunehmen, wobei möglichst auch die Sprengelstraße und Torfstraße einbezogen werden sollen. Dabei soll es sowohl um die Anzahl der Fahrzeuge, als auch die Größe der verschiedenen Ströme beobachtet werden. Das heißt, wir möchten beobachten, wie viele Fahrzeuge die gesamte Tegeler Straße entlang fahren, wie viele in die Sprengelstraße abbiegen und in welche Richtung sie aus der Sprengelstraße weiter unterwegs sind. Dafür wird es voraussichtlich ab Mitte November



eine Arbeitsgruppe geben, welche die nächste Zählung vorbereitet.



Eine Darstellung der Änderung der Spurführung am Nordhafen um den Durchgangsverkehr am Sprengelkeiz vorbeizuleiten

Warum Autofahrer unbedingt diese Straße nutzen wollen, wo es mit der Müllerstraße, Luxemburger Straße und dem Friedrich-Krause-Ufer leistungsfähige Alternativen gibt, ist mir zwar schleierhaft, jedoch könnten diesem Verhalten folgende Ziele zu Grunde liegen. Die Tegeler Straße könnte als Schleichweg besonders attraktiv für Studenten der TFH, die mit dem eigenen PKW aus dem Süden Berlins kommen oder für PKW, die diese Verbindung als Umgehung der

Müllerstraße in Richtung Kurt-Schumacher-Platz nutzen wollen oder PKW, die über die Luxemburger/Schulstraße in Richtung Pankstraße unterwegs sind. Davon, wo die Fahrzeuge hin unterwegs sind, hängt im Wesentlichen die Wahl der Maßnahmen ab.

Das ferne Schicksal der Tegeler Straße für den Durchgangsverkehr wäre mit dem Baubeginn der S21 vom S-Bahnhof Wedding zum Hauptbahnhof besiegelt, dann würden dort nahezu ebenerdig die S-Bahngleise verlaufen, doch ob es wirklich dazu kommt und wenn ja wann das sein wird, steht zumindest aus finanzieller Sicht noch vollkommen in den Sternen, auch wenn gelegentlich das Jahr 2018 als Fertigstellungstermin kursiert. Für die dann geschlossene Verbindung müsste nach derzeitigem Sachstand jedoch das Nordufer wiederhergestellt werden bis zur Fennstraße, um einen Zugang durch den S-Bahnring zu gewährleisten. Auch wenn dieser Weg weniger attraktiv erscheint, kann man sich auf diese ferne Zukunft für Entlastungen leider nicht berufen – da ja der Bau der S21 noch ungewiss ist.

Von unserer Vertreterin im Abgeordnetenhaus - Jutta Leder - wird als vordringlichste Maßnahme die Veränderung der Spurführung an der Straßenkreuzung Fennstraße/Heidestraße/Friedrich-Krause-Ufer vorangetrieben. Dabei soll das Abbiegen in Richtung Reinickendorf (und Richtung Tegeler Straße) auf eine Fahrspur begrenzt werden und im Gegenzug sollen die Geradeaus fahrenden Fahrzeuge Richtung Friedrich-Krause-Ufer eine eigene Fahrspur bekommen, um diesen Weg attraktiver zu machen (siehe Karte).

Außerdem soll als Ergebnis der Podiumsdiskussion durch das Aufstellen von Warnschildern bei zu hoher Geschwindigkeit der Autofahre an deren Vernunft appelliert werden, doch die Geschwindigkeit im Wohngebiet zu drosseln oder gar in Zukunft einen anderen Weg einzuschlagen. Auch wurde über Aufpflasterungen diskutiert, welche jeden einigermaßen für sein Fahr-



zeug sorgenden Fahrer (offenbar scheint das Bewusstsein für den eigenen PKW hin und wieder größer zu sein als für das Leben andere Verkehrsteilnehmer) zu einer Geschwindigkeitsreduzierung zwingen würde.

All diese Maßnahmen werden wohl aber erst dann durchgeführt, wenn anhaltend lange Be-

schwerden und Anregungen von den Anwohnern und politischen Akteuren die Bezirksverwaltung für Stadtentwicklung und Verkehr erreichen. Dafür wird auch in Zukunft viel eigenes Engagement gefordert werden.

Kunden, die 1.000,--€ bringen. Ich hoffe man kann mir bis hierhin noch einfach folgen.

Aktuell

Die internationale Finanzkrise

Das liebe Geld

ein Thema beherrscht in den letzten Wochen die Medien, die so genannte Finanzkrise. Vieles wurde bereits geschrieben, etliches konnte man im Radio hören und nicht zu wenig auch im Fernsehen sehen. Und doch gibt es eine Menge Menschen, die noch viele Fragen haben. Daher wollen wir einige dieser Fragen aufgreifen, Begriffe erklären und das Ganze einmal aus unserer ganz bescheidenen Sicht betrachten.

Teil 1 Die Finanzkrise

Was ist da eigentlich passiert fragen sich viele Menschen. Nehmen wir einfach einmal an Herr Müller möchte sich ein Auto für 10.000,--€ kaufen. Er hat das Geld aber nicht. So nimmt er sich bei seiner Bank einen Kredit auf. Da er 2.000,--€ im Monat verdient ist er ein erstklassiger Kunde (prime), von dem man erwarten kann, dass er seinen Kredit ordentlich zurück bezahlt. Dafür, dass die Bank ihm 10.000,--€ leiht, bekommt sie 1.000,--€ Zinsen. Das lohnt sich. Angenommen es gibt aber so viele Herr Müllers, dass die Bank gar keine 10.000,--€ mehr hat. Dann leiht sie sich das Geld von einer Zentralbank zum Beispiel der Europäischen Zentralbank. Das kostet sie 500,--€. Da bleibt ihr nur noch ein Gewinn von 500,--€. Die Bank denkt sich Kleinvieh macht auch Mist und viele Kunde, die einen Gewinn von 500,--€ bringen sind am Ende doch besser als wenige

Nun gibt es aber auch Kunden wie Frau Meier. Sie handelt sich so mit Zeitverträgen durch bei denen er auch nur 1.500,--€ verdient. Wenn einmal ein Zeitvertrag sich nicht gleich an den alten anschließt, dann lebt Frau Meier vom Arbeitslosengeld und kann die Raten vorübergehend gar nicht bezahlen. Das ist für die Bank ärgerlich. Doch gehen wir einmal davon aus, dass die Zentralbank, weil ihre Regierung einen teuren Krieg im Irak führt und deswegen hoch verschuldet ist, die Zinsen senkt. Plötzlich muss die Bank nur noch 200,--€ Zinsen an die Zentralbank bezahlen. Sie überlegt sich, dass Kunden wie Frau Meier eher zweitklassig (sub-prime) sind, aber unter dem Strich rechnet sich das Geschäft. Schließlich macht sie ja noch einen Gewinn von 800,--€. Das ist fast soviel wie bei einem guten Kunden. Da viele Banken wie sie denken und daher viele Kunden viele Autos kaufen, sind selbst Gebrauchtwagen mit der Zeit ganz schön teuer.

Nun wurden aber einige Kunden der Bank komplett zahlungsunfähig. Die Bank hatte den Fahrzeugbrief behalten und bekam für den Wagen, den sie jetzt verkaufte immerhin noch einen beachtlichen Restwert. Trotzdem wurden der Bank mit der Zeit Kunden wie Herr Meier ganz schön lästig. Da traf es sich gut, dass es so genannte Investmentbanken gab, die eine Möglichkeit suchten Geld anzulegen. Wie geht das? Nun die Idee ist ganz einfach und anderweitig gut bekannt. Der Handwerker Schmitz, seines Zeichens Heizungsbauer hat bei Familie Bach für 15.000,--€ eine neue Heizungsanlage eingebaut. Doch Familie Bach steckt finanziell in der Klemme und



zahlt nicht. Der Lieferant von Handwerker Schmitz sagt aber er liefert erst die Materialien für den nächsten Kunden an den Heizungsbauer, wenn dieser die letzte Lieferung von 10.000,--€ bezahlt. In seiner Not beauftragt Herr Schmitz ein Inkassounternehmen (Geldeintreiber), das bei Erfolg von den 15.000,--€ 3.000,--€ einbehält. Ähnlich ist die Idee der Investmentbanken. Sie kaufen der Bank gleich ganz den Kredit ab. Doch da ja einige Kunden ihren Kredit ordentlich abbezahlen und die Autopreise stetig steigen, so dass sich selbst bei Zahlungsunfähigkeit das Geschäft mit dem Restwert noch auszahlt, zieht die Investmentbank die Kosten nicht von der gekauften Schuld ab. Nun senkt zum Beispiel unter anderem wegen der Kriegskosten, die Zentralbank die Zinsen erneut. Das macht in unserem Beispiel 50,--€. Beim Kauf ist die Investmentbank davon ausgegangen, dass sie für den Kredit von Frau Meier der Zentralbank noch 200,--€ schuldet. Jetzt macht sie also einen zusätzlichen Gewinn.

Da die Investmentbank auf weitere Zinssenkungen hofft fragt sie nunmehr alle möglichen Banken, ob sie ihr nicht zweitklassige Kredite verkaufen wollen.

Außerdem gibt es einige Banken, die so viele Kundenguthaben haben, dass sie diese ähnlich wie die Zentralbank an andere Banken verleihen (Interbanken- Markt). Andere Investmentbanken kommen auf die gleiche Idee. Uns so verkaufen die Banken die zweitklassigen Kredite (subprimes) nun zu höheren Preisen und machen mit diesen Krediten ein gutes Geschäft. Da die Banken auf diese Weise gleichzeitig ihr Risiko problemlos loswerden, ist es ihnen eigentlich ganz egal, ob Frau Meier oder sonst irgendwer am Ende wirklich den Kredit zurück bezahlen kann. Auch Herr Protz, der zwar nur 800,-- € im Monat verdient, aber trotzdem gerne ein dickes Auto fahren möchte, bekommt jetzt einen Kredit. So kaufen immer mehr Leute Autos und die Autopreise steigen immer weiter. Gleichzeitig platzen aber auch immer mehr Kredite. Kaum noch einer

will diese zweitklassigen Kredite kaufen. Die Banken bleiben darauf sitzen. Also vergeben sie nur noch Kredite an erstklassige Kunden. Darauf hin bricht der Automarkt ein, weil zu wenige Leute Autos kaufen. Dadurch werden auch die Gebrauchtwagen spottbillig, weswegen der Restwert bei geplatzten Krediten ins Bodenlose sinkt. Es ist ein Schneeballsystem so ähnlich wie die Kettenbriefe. Davon profitieren nur wenigen und wenn es platzt gucken viele in die Röhren.

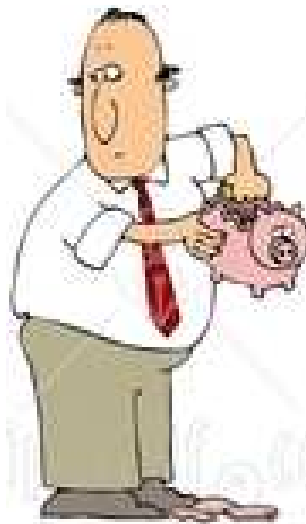
Damit ist eigentlich bereits das Wichtigste gesagt. Sie haben die Finanzkrise begriffen. Sie müssen nur noch Autos gegen Häuser ersetzen und daran denken, dass das Ganze eigentlich in

den USA stattfand. Ich sehe schon wie die Ersten fragen, warum das dann auch uns betrifft. Ganz einfach: Auch deutsche Banken haben solche zweitklassigen Kredite gekauft, auf denen sie jetzt sitzen bleiben. Und sie haben zum Beispiel Investmentbanken (siehe oben Interbanken-Markt) Geld geliehen. Das können diese aber nun nicht mehr zurückzahlen (Lehmann Brothers). Um an neue Kunden hier bei uns Kredite zu

vergeben und weitere Geschäfte zu machen brauchen die deutschen bzw. europäischen Banken aber das Geld. Hier setzen nun die Rettungspläne ein. Dazu später.

Zertifikate, Derivate und andere komische Dinge

Wem das da oben geschriebene bereits kompliziert genug war, der sollte dieses Kapitel überspringen. Den nun wird es erst richtig lustig. Unsere Investmentbank möchte weitere zweitklassige Kreditpakete in großem Umfang aufkaufen. Doch statt sich das Geld von einer Bank zu holen, holt sie es sich direkt bei einem Kunden. Das kann eine Privatperson sein oder eine Firma. Sie verkauft ihm ein Zertifikat. Davon gibt es übrigens mehr unterschiedliche Sorten als ihre Fantasie es ausmalen kann. Bei Zertifikaten handelt





es sich rechtlich um Schuldverschreibung bzw. Anleihe. Sie sagt also dem Kunden, ich zahle Dir das Geld plus einem Anteil am Gewinn oder einen festen Zinssatz zurück.

Nehmen Sie einfach einmal an ein Freund von ihnen möchte in den Gebrauchtwagenhandel einsteigen. Er leiht sich von ihnen 10.000,--€. Dafür beteiligt er Sie am Gewinn. Das schreibt er auf ein Stück Papier und nennt es Zertifikat. Klingt doch gut. Doch er kauft nun einen Wagen ohne ihn vorher gründlich zu inspizieren und Probe zu fahren. Den Wagen hat er in der Ukraine bei einem Unbekannten im Internet gekauft. Nun gibt es zwei Möglichkeiten: Er hat Glück gehabt. Die Preise in der Ukraine sind niedrig. Hier bekommt man locker 2.000,--€ mehr. Die teilen sie sich und Sie haben 1.000,--€ Gewinn gemacht. Leicht verdientes Geld. Oder aber der Wagen hat einen Motor- und Getriebeschaden. Den zu reparieren ist teurer als der Schrottwert. Schade für Ihren Freund. Er muss ihnen nun das Geld zurückzahlen. Sie haben zwar keinen Gewinn gemacht, sind aber mit einem blauen Auge davon gekommen, denn Ihr Freund ist ein seriöser Mann. Pech aber, wenn ihm dies gleich mit mehreren Wagen passiert ist. Soviel Geld hat er nicht. (Lehmann Brothers) Ist gibt aber auch Zertifikate die wiederum abgesichert sind. Hätte Ihr Freund in dem Beispiel die 10.000,--€ ins Grundbuch für sein kleines Häuschen eintragen lassen. Müsste er im Zweifelsfall sein Häuschen verkaufen um ihnen das Geld zurück zu geben.

Das Problem sieht im Moment also so aus. Privatpersonen wie Banken haben solche Zertifikate gekauft. Einige sind wie im obigen Beispiel nicht abgesichert, haben also keinen Gegenwert. Das Geld ist pfutsch. Andere sind gegen die Kreditpakete abgesichert. Die sind aber nicht mehr viel wert. Da können Sie nun das meiste abschreiben wie unsere heimischen Banken. Ähnlich sieht es bei den US-Hypothekenabsicherungen aus. Zwar gehört den Banken nun das

kleine Häuschen. Aber das will und kann ja niemand mehr kaufen, zumindest nicht für den Preis, den die Bank für die Hypothekenkredite bezahlt hat. Auch hier kann man das meiste abschreiben. Das wäre so als ob Ihnen der oben genannte Freund statt der 10.000,--€ das Schrottauto überlassen würde. Besser als nicht, aber doch nicht gut.

Kommen wir nun noch kurz zu den Derivaten. Auch hier gibt es jeden Tag mehr unterschiedliche Produkte. Die zwei Wesentlichen sind Termingeschäfte und Optionen. Ein Termingeschäft wäre, ganz vereinfacht, wenn ich mit meinem Tankwart vereinbaren würden ich tanke nächste Woche 100l Super bleifrei für 1,35€ den Liter. Steigen die Ölpreise ist mein Tankwart der Dumme, sinken sie, trifft es mich. Gehandelt wird mit fast allem was nicht niet- und nagelfest ist. Eine Option wäre, wenn der Tankwart mir nur die Möglichkeit einräumen würde. Das würde sich der Tankwart natürlich durch eine Optionsprämie bezahlen lassen. Es gibt wie gesagt so viele unterschiedliche Derivate, dass es hier leicht ausufern dürfte.

Kommen wir noch zu einem sehr ulkigen Begriff, der die letzten Tage durch die Medien geisterte, dem Begriff der Leerverkäufe. Nehmen wir einmal an mein Tankwart hat 50.000 Liter Diesel in seinen Tanks. Er hat eine freie Tankstelle und kauft seinen Sprit selber ein. Da er viele Handwerker zu seinen Kunden zählt, die Diesel betriebene Firmenfahrzeuge ihr eigen nennen, bietet er ihnen für ihre Planung an die Dieselpreise im voraus zu vereinbaren. Alles zusammen verkauft er ihnen aber 100.000 Liter Diesel. Das Geld kassiert er gleich, auch für die noch fehlende Menge. Für die fehlende Menge tätigt er einen Leerverkauf“. Er verkauft etwas, was er noch gar nicht hat. Er setzt darauf, dass er die restlichen 50.000 Liter noch schnell zum gleichen oder sogar zu einem günstigeren Preis kaufen. Dann hätte er einen guten Gewinn gemacht. Aber der Dieselpreis kann für ihn auch steigen. Dann zahlt er drauf. Je





nach Menge und Preisschwankung kann ihn das ruinieren. Stellen wir uns also vor er verkauft sogar 1.000.000 Liter. Alle zahlen einen Preis von 1,30 € pro Liter. Doch der Diesel kostet schon im Einkauf 1,35 €. Der Tankwart wäre pleite. Das bereits bezahlte Geld der Kunden wäre für Wochen blockiert und der eine oder andere Kunde würde wohl möglich selbst pleite gehen.

Teil 2 Das deutsche Bankensystem

Unser Bankensystem steht auf drei Säulen: öffentlich-rechtliche, genossenschaftliche und private Banken (Dreisäulensystem). Im Gegensatz zu den privaten Geschäftsbanken, steht bei den öffentlich-rechtlichen und genossenschaftlichen Banken die Gewinnmaximierung nicht im Vordergrund. Daraus resultiert ein starker Wettbewerbsdruck mit im internationalen Vergleich geringen Preisen für Bankdienstleistungen in Deutschland.

1. Sparkassen

Die erste Säule sind die Sparkassen. Die ersten deutschen Sparkassen wurden ursprünglich auf Initiative von Landesherrschaften oder Privatleuten gegründet, um ärmeren Bevölkerungsschichten die Möglichkeit zu eröffnen, eine langfristige, sichere und verzinsliche Rücklage für die Bewältigung der Widrigkeiten des Lebens (Krankheit, Alter etc.) zu bilden. Vorläufer der Sparkasse waren Waisenkassen und Leihhäuser, wie beispielsweise die 1749 von der Reichsabtei Salem zur Verwaltung von Waisenrenten eingerichtete Kasse und das Herzoglich-braunschweigische Leihhaus, das 1765 gegründet wurde.

Sparkassen sind in Deutschland im Regelfall Anstalten des öffentlichen Rechts. Träger einer Sparkasse ist in diesem Fall eine kommunale Gebietskörperschaft (Stadt, Landkreis) oder ein kommunaler Sparkassenzweckverband (Zusammenschluss mehrerer kommunaler Gebietskörperschaften zum gemeinsamen Betreiben einer Sparkasse). Häufig deutet bereits der Name

auf den kommunalen Träger hin, z.B. Stadtparkasse, Kreissparkasse oder Bezirkssparkasse. Rechtsgrundlagen für Gründung und Betrieb sind das Sparkassengesetz des jeweiligen Bundeslandes, in dem die Sparkasse ihren Sitz hat, und eine vom Träger erlassene Satzung. Die Organe einer Sparkasse sind der Vorstand als geschäftsführendes Gremium und der Verwaltungsrat als Aufsichtsgremium.

Daneben unterscheiden sich die Sparkassen von den privaten Banken dadurch, dass „die Erzielung von Gewinn nicht der Hauptzweck des Geschäftsbetriebes“ ist. Leitmotiv ist die Gemeinwohlorientierung. Ein erzielter Gewinn wird, soweit er nicht durch Rücklagenbildung im Vermögen der Sparkasse verbleibt, an den Träger (Zweckverband, Landkreis, Stadt) ausgeschüttet oder von der Sparkasse direkt für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung gestellt. Daneben sind die Sparkasse für ihre Gebietskörperschaften ein wichtiges Instrument der Strukturförderung. Sie vergeben Kredite an klein- und mittelständische Unternehmen oder finanzieren Infrastrukturmaßnahmen.



2. Genossenschaftsbanken

Die zweite Säule sind die Genossenschaftsbanken. Genossenschaftsbanken sind in Deutsch-



land in der Regel Banken in der Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft. Die Ansätze der Genossenschaftsbanken gehen auf die Grundsätze der Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung von Franz Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen Mitte des 19. Jahrhunderts zurück. Diese beiden gründeten unabhängig voneinander die ersten Kreditgenossenschaften. Während Volksbanken vorwiegend in städtischen Bereichen entstanden, wurden in ländlichen Gebieten Raiffeisenbanken gegründet. Bekannt sind auch die Sparda-Banken. Ende 2007 gab es in Deutschland 1.232 Genossenschaftsbanken.

Der Grundgedanke besteht gemäß § 1 des Genossenschaftsgesetzes in der Förderung des Erwerbs oder der Wirtschaft der Mitglieder mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs. Die Genossenschaftsbanken werden derzeit von 16 Mio. Mitgliedern getragen. Die größte regionale Genossenschaftsbank in Deutschland ist die Berliner Volksbank eG mit einer Bilanzsumme (2007) von 10,3 Mrd. Euro. Die Genossenschaftsbanken sind mit über 13.000 Zweigstellen sehr stark in der Fläche vertreten. Genossenschaftsbanken in Deutschland sind in Regionalverbänden organisiert, die neben der Betreuung und Unterstützung der jeweiligen regionalen Bank (z.B. durch Beratungstöchter oder Bildungsangebote) auch die Prüfung gemäß Kreditwesengesetz sicherstellen. Neben den regionalen Genossenschaftsbanken gibt es unter anderem mit der GLS auch den Versuch ethische Bankgeschäfte zu betreiben die zum Beispiel in regenerative Energien investieren.

3. Privatbanken

Die Privatbanken stellen in Deutschland das kleinste Bankensegment dar. Marktführer sind die öffentlichen Banken mit einem Marktanteil von mehr als 50 %, es folgen die genossenschaft-

lichen Institute mit einem Marktanteil von fast einem Drittel. Der Rest verteilt sich auf die Privatbanken, wobei die Großbanken hiervon einen Großteil abdecken.

Die Gruppe der Privatbanken besteht in Deutschland aus den Großbanken, den Auslandsbanken und den Privatbanken im engeren Sinne. Die ca. 230 Privatbanken in Deutschland sind im Bundesverband deutscher Banken (BDB) zusammengeschlossen.



Privatbanken, typischerweise in der Form eines Familienunternehmens, waren bis Mitte des 19. Jahrhunderts die vorherrschende Organisationsform im Bankenbereich. In der Gründerzeit veränderte sich das Bankwesen in Deutschland deutlich.

Nun wurden in großer Zahl Banken in Form von Aktiengesellschaften gegründet. Die bekanntesten Gründungen dieser Zeit in Deutschland waren die Diskonto-Gesellschaft (1851), Deutsche Bank (1870), Commerzbank (1870) und Dresdner Bank (1872).

Der Trend, dass Zahl und Bedeutung der Privatbankiers gegenüber den anderen Bankengruppen (Aktienbanken, Sparkassen, Genossenschaftsbanken) abnahm, setzte sich bis in unsere Zeit fort. Im privaten Bankensektor dominieren daher die Großbanken. Als Großbanken werden die privaten Kreditinstitute eines Landes bezeichnet, die ihre Dienstleistungen in Filialen/Zweigstellen nicht nur landesweit anbieten, sondern auch im Auslandsgeschäft tätig sind.

In Deutschland zählen momentan die fünf größten privaten Kreditinstitute Deutsche Bank, Dresdner Bank, Commerzbank, HypoVereinsbank und Deutsche Postbank, die auch unter dieser Position in der Bankenstatistik der Deutschen Bundesbank zusammengefasst werden, als Großbanken. Sie stellen das Schwergewicht der Privaten Gruppe dar. Die durchschnittliche Bi-



lanzsumme der Großbanken entsprach im Jahr 2003 etwa 32 % der Summe aller Kreditinstitute.

4. Wie sicher ist mein Konto

In der Bundesrepublik sind normale Konten durch den Einlagensicherungsfond abgesichert. Solche Fonds werden von den Banken in der Weise unterhalten, dass alle dem Einlagensicherungsfonds angehörenden Banken jährlich einen bestimmten Betrag einzahlen. Der von einer jeden Bank zu leistende Beitrag hängt dabei von Umsatz und Bonität des Unternehmens ab.



Der freiwillige Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken existiert neben der seit 1998 bestehenden gesetzlichen Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH. Bei Geldinstituten, die nicht Mitglied im freiwilligen Einlagensicherungsfonds sind, greift im Fall der Insolvenz nur die gesetzliche Entschädigung. Diese beträgt 90 % der betroffenen Summe bis zum Höchstbetrag von 20.000 Euro. Das gilt auch für Kunden der deutschen Lehmann Brothers Bank, nicht für die der US-amerikanischen Muttergesellschaft.

Wichtiger ist jedoch die Stabilisierung der Banken, damit überhaupt nicht verloren geht. Denn jeder Bankrott schädigt nicht nur die Reichen, sondern auch verbundene Banken, kleine und mittelständische Unternehmen usw. Das wird häufig vergessen und so zum Beispiel bei der Rettung der IKB Bank, die viele mittelständische Unternehmen zu ihren Kunden zählt. Um also Banken zu stabilisieren versuchen die Einlagensicherungsfonds auch die in die Krise geratene Bank selbst zu stabilisieren. Am besten gelingt das bei Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Beim Garantiefonds und Garantieverbund der Genossenschaftsbanken wird jedoch wie bei den Sparkassen primär der Bestand der jeweiligen Bank garantiert, so dass es überhaupt nicht zu

einer Schädigung der Anleger einer Volksbank, Raiffeisenbank oder Sparkasse kommen kann. Die aus einem Garantiefonds und einem Garantieverbund bestehende, durch Beitragszahlungen der angeschlossenen Banken gespeiste Sicherungseinrichtung des BVR ist das erste und älteste Banken-Sicherungssystem Deutschlands. Sie hat von Beginn an (Anfang der 30er Jahre des vergangenen Jahrhunderts als Folge der damaligen Weltwirtschafts- und Bankenkrise) stets sichergestellt, dass alle einbezogenen Banken ihren finanziellen Verpflichtungen nachkommen konnten. Seit ihrem Bestehen hat noch nie ein Kunde einer angeschlossenen Volksbank oder Raiffeisenbank einen Verlust seiner Einlagen erlitten, mussten noch nie Einleger entschädigt werden und hat es noch nie eine Insolvenz einer angeschlossenen Bank gegeben. Gleiches gilt auch für die in Deutschland tätigen Sparkassen. Mehr Sicherheit geht nicht.

Was ist aber, wenn ich stattdessen ausländische Zertifikate oder Derivate gekauft habe? Das sieht schlecht aus. Wer kein Finanzprofi ist sollte von so etwas die Finger lassen. Natürlich sind hohe Renditen attraktiv. Es heißt ja in der Werbung „Lassen Sie ihr Geld für sich arbeiten“. Ich habe noch keinen 100€ Schein an der Schippe gesehen. Geld arbeitet nicht. Arbeiten tun Menschen. Wer eine Rendite von 15% oder höher haben will, der beutet andere Menschen irgendwo auf dieser Welt gnadenlos aus oder betrügt. Sollten Sie aber keine Ahnung von derlei Dingen haben und ihre Sparkasse oder Volksbank hat ihnen törichter Weise so etwas verkauft, sollten Sie sich von der Verbraucherzentrale beraten lassen in einigen Fällen kann hier auf falsche Beratung geklagt werden. Das ist aber auch schon der einzige Weg um an ihr Geld zu kommen.

Teil 3 Was tut die Politik

Vor allem erst einmal den Finanzmarkt stabilisieren. Damit die Banken wieder ihrem normalen Geschäft nachgehen können brauchen sie Geld. Das Geld das ihnen fehlt haben sie nicht nur ir-



gendwo versenkt. Das auch. Aber bis vor kurzem habe sie sich das Geld gegenseitig ausgeliehen (Interbanken-Markt). Aus lauter Angst tut das niemand mehr. Auch kauft keiner mehr die sonst so gerne gesehenen Anleihen. Damit können die Banken nur noch eingeschränkt wirtschaften, auch solchen die mit den zweitklassigen Krediten gar nichts zu tun hatten. Durch Garantien des Bundes bekommen sie nun bei ängstlichen Kreditgebern wieder Geld. Andere müssen tatsächlich Verluste ausgleichen. Hier beteiligt sich der Bund als Mitinhaber. Er erhält Mitbestimmungsrechte und wird an den zukünftigen Gewinnen beteiligt.

Daneben will die SPD die Spielregeln ändern. Dazu hat sie am 27. Oktober einen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Er umfasst 14 Punkte. Ich hoffe, ich konnte das ist halbwegs verständlich:

1. Höhere Liquiditäts- und Eigenkapitalvorsorge der Finanzinstitute!

Die Banken müssen mit mehr eigenem statt geliehenem Geld arbeiten, damit sie flüssig (liquide) bleiben: Wir fordern Mindesteigenkapitalquoten. Das gilt nicht zuletzt für Kredite an Hedge-Fonds („Heuschrecken“ Zitat Müntefering), für die zukünftig mindestens 40 Prozent Eigenkapital hinterlegt werden sollte, damit sie einen Kredit bekommen.

2. Strengere Bilanzierungspflichten der Finanzinstitute!

Risiken müssen in Zukunft eindeutig in den Bilanzen der Finanzinstitute ausgewiesen sein. Es geht nicht an das man Risiken und ungedeckte Schecks in einer ausländischen Tochterfirma versteckt.

3. Mindestens 20 Prozent Selbstbehalt bei Verbriefungen!

Der Kredit von Herrn Protz (siehe unsere Geschichte am Anfang) darf nicht mehr zu 100%

weiterverkauft werden, sondern 20% verbleiben bei der Bank. Damit spielt es doch eine Rolle an wen man als Bank was für einen Kredit vergibt.

4. Verbot schädlicher Leerverkäufe!

Schädliche ‚Leerverkäufe‘, also die ungedeckte Spekulation auf fallende Aktienkurse, haben die Finanzmarktkrise noch verschärft. Krisenverschärfende, schädliche Leerverkäufe müssen auf internationaler Ebene verboten werden. Verkaufen darf man nur, was einem bereits gehört.

5. Anpassung der Anreiz- und Vergütungssysteme!

Wenn die Bankberater mehr Geld damit verdienen uns hoch riskante und gefährliche Produkte zu verkaufen, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass er kein Interesse mehr hat uns zu einem Sparkonto zu raten.

6. Persönliche Haftung der Verantwortlichen!

Das Prinzip „Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren“ ist für uns inakzeptabel. Wir brauchen internationale Standards für eine stärkere persönliche Haftung der Finanzmarktakteure. Wer was verbockt muss dafür grade stehen.

7. Europäische Aufsicht stärken!

Das europäische Aufsichtssystem muss weiter entwickelt werden. Zwar sind erste Schritte gemacht

worden, aber sie reichen bei weitem nicht aus. So muss vor allem die nationale und supranationale

Zusammenarbeit aller Aufsichtsbehörden endlich in der EU-Bankenrichtlinie verankert werden. Und die Aufsicht muss auch etwas entscheiden können. Hier kann nur Europa weiterhelfen

8. Verbesserte Ratings!

Die Errichtung einer europäischen Rating-Agentur als Gegengewicht zu den bislang allein





in den USA existierenden Agenturen sollte geprüft werden. Ratingagenturen sind so etwas wie die Schufa. Sie beurteilen die Kreditwürdigkeit. Doch in diesem Fall bezahlt der Beurteilte die Agentur selber. Na was meinen Sie wie kreditwürdig ich bei der Schufa wäre, wenn ich die bezahlen müsste?

9. Zentrale und neue Rolle für den IWF!

Ursprünglich war es die Aufgabe dafür zu sorgen, dass die Finanzsystem in den verschiedenen Ländern stabil laufen. Doch der USA passte das nicht und sie schränkte ihre Kompetenzen ein. Nun haben wir den Salat. Der Internationale Währungsfond sollte aber ein Alarmsystem sein, wenn etwas gehörig schief läuft.

10. Hedge-Fonds und Private Equity-Fonds straff regulieren;

Wilder Spekulation muss Einhalt geboten werden. Man darf mit fremder Leute Geld nicht einfach so herumspekulieren. Dafür muss es enge Grenzen geben.

11. Mehr Transparenz bei Staatsfonds einfordern!

Wir begrüßen die jüngsten vom IWF moderierten Fortschritte in der Selbstverpflichtung von Staatsfonds zu stärkerer Transparenz und unterstützen weitere internationale, europäische und bilaterale Schritte zu einer konstruktiven Einbindung von Staatsfonds in das Weltfinanzsystem. Staaten dürfen über ihre Fonds nicht anderen Staaten schaden.

12. Beteiligungsrechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stärken!

Die Mitbestimmung im Unternehmen ist ein wichtiges Instrument zum langfristigen Erhalt des Unternehmens und muss daher gestärkt werden. Die Sanktionen für die Verletzung der mit dem Risikobegrenzungs-gesetz ausgeweiteten Informationspflichten der Unternehmen gegenüber den

Betriebsräten sind deutlich zu erhöhen. Wir brauchen mehr und nicht weniger Arbeitnehmer-Mitbestimmung.

13. Steueroasen austrocknen!

Die international existierenden Steueroasen und weitgehend regulierungs- und rechtsfreie Offshore-

Finanzzentren müssen trocken gelegt werden. Vor allem Steuerhinterziehung ist entschlossen zu bekämpfen. Dazu sind auch neue Wege erforderlich. Bedauerlicherweise finden sich Steueroasen und „Parkplätze für schwarze Kassen“ auch immer noch in Europa. Jeder von uns erinnert sich noch an die Lichtenstein-Geschichte. Mehr muss dazu nicht gesagt werden.

14. Deutschlands Drei-Säulen-Modell bewahren - Landesbanken konsolidieren!

Die SPD steht zum dreigliedrigen, ausgeprägt dezentral strukturierten deutschen Bankensystem aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Banken. Die Verbundstrukturen der Sparkassen und der Genossenschaftsbanken haben gerade in der aktuellen Krise ihre stabilisierende Wirkung unter Beweis gestellt. Auch aus diesem Grund lehnen wir die Umwandlung der Sparkassen in Aktiengesellschaften und andere privatrechtliche Organisationsformen ab, wie dies von der europäischen Kommission gefordert wird. Die Landesbanken als Dienstleistungsinstitute der Sparkassen sollen fusionieren um dieser Aufgabe vernünftig nachgehen zu können.

Quellen:

- Abschlussbericht der Projektgruppe des SPD Parteivorstands:

- „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“, 27. Oktober 2008

- Wirtschaftspolitische Informationen 7/2008, Verdi Bundesvorstand, Berlin

- www.wikipedia.de & Allgemeinbildung
Uwe Ostendorff

**Diskussionsforum**

Dies ist die Plattform für (partei-) politische Debatten.

Ethik für alle Oberschüler statt

Reli für Katholiken, Reli für Evangelische Christen, Reli für Juden, Reli für Muslime, Reli für Aleviten, Reli für Buddhisten, Reli für die Christengemeinschaft, Reli für...., Humanistische Lebenskunde für Atheisten, Ethik für die, die es wollen

Für all' die Genossen, die nicht in Berlin zur Schule gegangen sind, gibt es einige Besonderheiten in der Berliner Schule. Neben der sechsjährigen Grundschulzeit ist sicherlich auch der freiwillige Religionsunterricht ungewöhnlich. Bis heute können Berliner Eltern/Schüler ab der 1. Klasse wählen, ob die Kinder am christlichen

oder islamischen Religions-, am Lebenskundeunterricht oder an keinem religiösen oder weltanschaulichen Unterricht teilnehmen wollen. Der Unterricht findet max. zweistündig statt und ist nicht versetzungsrelevant. Seit zwei Jahren gibt es in Berlin zusätzlich zu diesem freiwilligen Angebot den verbindlichen Ethikunterricht in den Klassen 7-10. Ein gemeinsames, verbindendes Fach gleich welcher kulturellen, religiösen oder weltanschaulichen Herkunft die Schüler sind. Das gefällt den Kirchen in Berlin nicht. Daher gibt es z.Z. die Unterschriftensammlung für das Volksbegehren „Wahlfreiheit zwischen Ethik und Religion“. Ziel ist es, dass in den Berliner Schulen ein Wahlpflichtfach Ethik/Religion ab der ersten Klasse eingeführt wird. D.h. man entscheidet als Elternteil an welchem religiösen, weltanschaulichen bzw. Ethikunterricht das Kind teilnehmen soll.

Klein Zaches



Inh.: Niels-J. Kristiansen
Antwerpener Str. 43 13353 Berlin - Wedding
Telefon (030) 463 60 07

**Täglich geöffnet von
17:00 – 04:00 Uhr**



Argumente von „Pro Reli“ ¹	Argumente der SPD ² / Pro Ethik
Frei Wählen Jeder soll frei wählen können. Zwischen Ethik, evangelischer, katholischer, islamischer und jüdischer Religion oder Weltanschauungsunterricht. Ein Zwangsfach Ethik für alle bedeutet Bevormundung.	Ein Wahlpflichtbereich Ethik/Religion bietet gerade keine wirkliche Wahlfreiheit, sondern schränkt die Schüler ein, indem sie zwischen einem allgemeinbildenden und einem Unterricht wählen müssen, der an ein religiöses Bekenntnis gebunden ist. Derzeit können alle neben dem Ethikunterricht zusätzlich an einem sie interessierenden Religions- oder Weltanschauungsunterricht teilnehmen. Grundlegende Kenntnisse aller Religionen und Wertevorstellungen werden im Fach Ethik, auch in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Bekenntnisgemeinschaften, gelehrt und verständlich gemacht. Bekenntnisunterricht muss auch weiterhin frei wählbar bleiben, darf aber nicht den Ethikunterricht vom Lehrplan verdrängen.
Grundrechte auch in Berlin Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen ist in Artl 7 des Grundgesetzes garantiert. Diese Bestimmung gilt ausgerechnet in der deutschen Hauptstadt nicht. Den Berlinern werde das Recht auf Religion als ordentliches Lehrfach vorenthalten.	Der Art.141 des GG, die so genannte "Bremer Klausel", bestimmt, dass Art. 7 Abs. 3, der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach festlegt, keine Anwendung in einem Lande findet, in dem am 1.1.1949 eine andere landesrechtliche Regelung galt. Das der Art. 141 auch für Berlin gilt, ist eine folgerichtige Anwendung von Verfassungsrecht. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass niemand Anderes als der evangelische Landesbischof Dibelius es nach dem 2. Weltkrieg strikt ablehnte, Religionsunterricht zu einem staatlichen Unterrichtsfach zu machen.
Berlin ist multikulturell Nur die Wahlfreiheit nimmt die kulturelle Vielfalt Berlins auf. Jeder wird mit seinen kulturellen und religiösen Wurzeln ernst genommen.	An den Schulen Berlins lernen Schüler aus vielen Nationen und Kulturen mit den unterschiedlichsten Glaubensvorstellungen und Weltanschauungen. Angesichts dieser Vielfalt hat die Schule das Anliegen gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Respekt zu fördern. Das ist aber nur in einem gemeinsamen Unterricht möglich. Nur so wird in der Schule gegenseitiges Verständnis entwickelt. Grundkenntnisse der weltanschaulichen und religiösen Ethik und Fragen zur Lebensgestaltung sind hier von besonderer Bedeutung. Diese Themen sind für alle Schüler unverzichtbar –unabhängig davon, ob sie darüber hinaus einen christlichen (evangelischen, katholischen, orthodoxen), islamischen (sunnitischen, schiitischen, alevitischen), jüdischen

¹ Vgl. <http://www.pro-reli.de/volksbegehren/>

² Vgl. http://www.spd-berlin.de/w/files/spd-infostand/arg_ethik2_ml.pdf



	oder buddhistischen Religionsunterricht bzw. das weltanschauliche Fach Humanistische Lebenskunde besuchen. Nur durch ein gegenseitiges Verständnis bleibt die Ethik in unserer Gesellschaft weiterhin gewahrt.
Besseres gemeinsames Lernen Respekt und Toleranz gegenüber Anderen gibt es aber nur, wenn man etwas über den eigenen Glauben und die eigene Weltanschauung weiß.	Diese Aussage trifft in ihrer Allgemeinheit nicht zu, wenn es etwa um Anhänger religiös oder weltanschaulich fundamentalistischer Auffassungen geht. Zum Anderen ist gerade das Wissen um andere Glaubensvorstellungen oder Weltanschauungen und das Gespräch mit ihren Anhängern in einem gemeinsamen Ethikunterricht (statt nur eines Gespräches übereinander) in besonderer Weise geeignet, Respekt und Toleranz zu fördern.
Werte auch für kleine Kinder Werteunterricht sollte nicht wie bisher erst in der Oberschule verpflichtend sein. Kinder brauchen so früh wie möglich Orientierung.	Das geschieht bereits. Werteerziehung und Wertebildung finden in der Grundschule in starkem Maße im vorfachlichen Unterricht statt. Alle schulischen Lehrkräfte orientieren in Bildung und Erziehung die Kinder ab der 1. Klasse an Werten wie Gerechtigkeit, gegenseitiger Rücksicht, Friedfertigkeit und Toleranz. Eine gemeinsame ethische Grundbildung und der Dialog zwischen den Schülern verschiedener Herkunft sind wichtig. Nur so wird die Freiheit, sich selbstbestimmt und individuell im Leben zu orientieren, erlangt. Nur mit der Akzeptanz vieler Ansichten und Ideen ist die demokratische Wahlfreiheit möglich!
Ethik als alleiniges Pflichtfach steht in einem Dilemma. Es soll Werte vermitteln, muss aber als alleiniges, nicht abwählbares Fach weltanschaulich neutral sein. Es gibt aber keine Wertevermittlung ohne ein Bezugssystem. Und ein Bezugssystem ist immer an weltanschauliche Grundüberzeugungen gekoppelt - unabhängig davon, ob diese nun säkular-humanistisch, oder religiös begründet sind.	Die Wertevermittlung und Bildung im Fach Ethik ist an das Grundgesetz und die Menschenrechte gebunden. Das ist das in unserer Gesellschaft allgemein anerkannte Bezugssystem und es ist in keiner Weise an eine bestimmte Religion oder Weltanschauung gebunden. Es steht über den Bezugssystemen einzelner gesellschaftlicher Gruppen und sichert deren Freiheit, sich zu einzelnen Religionen oder Weltanschauungen zu bekennen und diese zu praktizieren, sei es z.B. das Christentum, der Islam oder der Humanismus.

Neujahrssessen

Am Freitag, den 23.01.2009 - 19:00 Uhr Termin freihalten
und einen guten Hunger mitbringen
Wir wünschen Euch bis dahin:
ein Frohes Fest und einen guten Rutsch





Es ist wichtig und unerlässlich, dass in unserer multikulturellen Stadt - in einer Stadt in der Menschen aus mehr als 180 Nationen leben, in der es über 130 verschiedene Religionsgemeinschaften gibt, in der die Mehrheit der Bevölkerung konfessionslos ist und heute 42,7 % der 6 bis 15jährigen Berliner einen Migrationshintergrund haben- ein gemeinsames, integratives Fach existiert, in denen Schülerinnen und Schüler gemeinsame Werte und eine ethische Allgemeinbildung vermittelt werden. Nur gemeinsam können sie durch Gespräche und Austausch lernen, sich zu verstehen, akzeptieren und respektieren. Sie lernen miteinander zu sprechen als übereinander. Es ermöglicht Jugendlichen eine größere Entscheidungsfreiheit in Fragen ihrer eigenen ethischen und religiösen bzw. weltanschaulichen Orientierung.

Vielfalt sehen, Gemeinsamkeiten erkennen, sich an den Grundwerten und Menschenrechten orientieren und danach zu leben, soll unsere Schülerinnen und Schüler in der Schule weiterhin ermöglicht werden. Miteinander sprechen und Lernen - gemeinsam im Klassenraum, das ist Ethikunterricht.

Also, nicht in der vorweihnachtlichen Stimmung von den Unterschriftensammlern einlullen lassen und eine Unterschrift für eine Trennung der Wertevermittlung in der Berliner Schule nach Religionszugehörigkeit geben. Nur ein gemeinsamer Ethikunterricht, wie ihn der jetzige rotrote Senat eingeführt hat, ist für unsere Stadt angemessen.

Arbeitslosigkeit Atomkraft *Demografie* Demokratie *Energie* Integration Kapitalismus Klima *Linkspartei* mein Kiez Sozial SPD Vernachlässigung Wandel Wähler

Denkfabrik - Jeden 4. Donnerstag des Monats - 19 Uhr im Deichgraf

Beten und hoffen

In Duisburg-Marxloh und Berlin-Pankow haben neue Moscheen eröffnet. Ein Zeichen für erfolgreiche Integration?

Ein Kommentar von Rico Todzi (26 Jahre, hat im letzten Jahr seine Ausbildung zur Bürokraft abgeschlossen und ist seitdem Rentner. Letztes Jahr ist er in die SPD eingetreten)

Es ist endlich soweit. Die Muslime in Duisburg-Marxloh haben es geschafft, in Zusammenarbeit mit der Politik und vor allem durch eine gelungene Kommunikation mit den Anwohnern und Vertretern der Kirchen, in Deutschland die bislang größte Moschee zu bauen. In diesem Fall gab es keine großen Proteste oder Ausschreitungen von Rechtsextremen, so wie in Köln und Berlin. In Köln-Ehrenfeld und Berlin-Pankow hat es Bürgerinitiativen gegen die Moscheen gegeben. Die Anwohner meinten, dass in ihrem Umfeld zu wenige Moslems leben und es sich darum nicht lohne, dort eine Moschee zu bauen. In Wahrheit befürchteten die Anwohner aber eine „Islamisierung“ im Bezirk, da durch eine zusätzlich geplante Koranschule Islamisten in den Bezirk gelockt werden könnten.

In Duisburg-Marxloh sieht die Sache anders aus: Die Menschen in Marxloh haben im Vorfeld offen über Ängste und Vorurteile diskutiert. Leute wie Elif Saat, Zülfiye Kaykin, die Geschäftsführerin der Begegnungsstätte und der Pressesprecher Mustafa Küçük hatten die Debatte angetrieben, sie alle gehören zur zweiten Generation der Gastarbeiter. Herausgekommen ist eine Moschee mit einer 23 Meter hohen Kuppel, innen ist sie mit aufwendigen Malereien verziert und mit Goldbronze veredelt. Die Fenster sind aus blauem Glas, in der Kuppel hängt ein goldfarbener Kronleuchter, der mehrere Meter Durchmesser hat. Im Gebetsraum sinken die Füße tief in den flauschigen Teppich ein.

Der Moscheebau in Marxloh ist ein Zeichen für mehr Demokratie. Dass in Deutschland für die muslimische Gemeinde ein solches Gebetshaus



gebaut wurde und die Eröffnung ohne Gegenwehr funktionierte ist ein Beispiel für gelungene Integration, denn nahezu alle Beteiligten sind mit dem Projekt zufrieden. Zugleich wird es die Verantwortung für die Moscheegemeinde sein, künftig ganz genau hinzuschauen, was in diesem Hause so vor sich geht. Hassprediger dürfen die Gebetsräume nicht für ihre Zwecke missbrauchen. Genau das wollten die Menschen in Deutschland nicht. Und wenn es passiert, kehren sich die Vorzeichen um. Aus Toleranz wird Intoleranz. Wir alle können hoffen, dass die Moschee in Duisburg-Marxloh ein gutes Vorbild bleibt. Ein Vorbild dafür, dass Christen und Muslime in diesem Land Tür an Tür gemeinsam in Frieden leben und ihren Glauben praktizieren können.

Deutsche Muslime - Dauernder Rechtfertigungsdruck.

Von Ursula Trüper

Manchmal erträgt sie es einfach nicht mehr, sich für Terrorakte oder Entführungen in fernen Ländern rechtfertigen zu müssen. Oder zu allen besonders nett zu sein, um zu zeigen, dass auch Muslime nette Menschen sind. Am schlimmsten ist es immer, wenn sie den Mund aufmacht. Sie spricht lupenreinen Berliner Dialekt. Jeder kann hören, dass sie keine Fremde ist: „Ich werde oft behandelt, als wäre ich eine Verräterin.“ Deshalb möchte sie ihren richtigen Namen auch nicht in der Zeitung lesen. Und auch kein Bild, bitte. Sie will manchmal einfach durch die Straßen gehen, wie alle anderen Frauen auch. Dann legt sie ihr Kopftuch ab. Beate Al Katib (Name geändert) gehört zu der wachsenden Zahl von Deutschen, die sich zum Islam bekennen. In Deutschland gibt es derzeit mehr als 14 000 deutschstämmige Muslime. Allein im Jahr 2005 sind über tausend Deutsche zum Islam übergetreten. So viele wie nie zuvor. Mehr als 60 Prozent von ihnen sind Frauen.

Als Beate Bürger – so heißt sie damals noch - 1957 in Ostberlin zur Welt kommt, kennt noch niemand den Begriff „clash of civilisations.“ Stattdessen herrscht der kalte Krieg und wenige Jahre nach ihrer Geburt wird eine Mauer mitten durch Berlin gebaut. Auf Beate wartet ein behütetes, aber ziemlich langweiliges Leben innerhalb der Grenzen der DDR. Dann kommt der Tag, der ihr Leben komplett umkrempeln wird. Sie ist damals 19 und besucht mit ihren Eltern das „Pressecafé“ am Alexanderplatz. Am Nebentisch sitzt ein Mann mit dunklen Locken, ein Ausländer offensichtlich. Beate findet den Fremden interessant und riskiert immer mal wieder einen Blick nach drüben. Irgendwann steht er auf und stellte sich formvollendet vor. Er heißt Mohamad Al Katib (Name geändert) und erzählt, dass er aus Syrien kommt und in Westberlin als Lackierer arbeitet. Wenige Tage später steht er mit einem Rosenstrauß vor der Tür. Danach kommt er regelmäßig, holt Beate zum spazieren gehen ab und hält schließlich um ihre Hand an.

Beates Eltern sind sehr gegen diese Ehe. Sie wollen ihre einzige Tochter nicht an das ferne Land Syrien oder an das genauso ferne Westberlin verlieren. Aber die junge Frau lässt sich von ihrem Entschluss nicht abbringen und stellt einen Ausreiseantrag. 1977 heiraten Beate und Mohamad Al Katib in Ostberlin. Wenige Monate später darf Beate nach Westberlin ausreisen. „Das war sehr aufregend“, erinnert sie sich. „Ich mit meinem kleinen Kofferchen am Grenzübergang Friedrichstraße. Meine Eltern in Tränen aufgelöst. Und in Westberlin, einige S-Bahnstationen weiter, wartete dann mein Mann auf mich.“

Dass sie nun mit einem Moslem verheiratet ist, empfindet Beate als nicht besonders dramatisch. Sie wurde in der DDR ganz unreligiös erzogen und genau genommen gibt es wenig spezifisch muslimisches im Alltagsleben der Al Katibs. Viel dramatischer ist für sie, dass sie nun im Westen lebt. Das Geld, die Umgangsformen, die Waren, die Mentalität - alles ist fremd.



spw

» Meinungsstark!

gegen den Zeitgeist der Sachzwänge, Kapitalrenditen und sozialer Ignoranz.

» Links!

im Austausch mit kritischer Wissenschaft, sozialer Bewegung und anderen Parteien.

» In der Sozialdemokratie!

weil nur mit einer linken Volkspartei Reformen für die Menschen möglich sind.

- **spw** liefert den kritischen Hintergrund zum politischen Alltagsgeschäft – mit Analysen und Kommentaren.

- **spw** ordnet aktuelle Entwicklungen ein und diskutiert Deutungsmuster.

- **spw** ist das sozialdemokratische Forum für sozialistische Theorie und Programmdebatte.

» Jetzt spw abonnieren und wissen, was die SPD-Linke diskutiert!

Weitere Infos und Probeheft unter:
www.spw.de | spw-verlag@spw.de



Im Urlaub lernt Beate dann die Heimat ihres Mannes und die syrische Kultur kennen. Es gibt vieles, was ihr dort sehr gut gefällt. Beispielsweise der starke Familiensinn, der in der Familie ihres Mannes herrscht. Oder der Respekt, der älteren Menschen entgegengebracht wird. Beate erlebt dies an der von ihr sehr verehrten und inzwischen verstorbenen Schwiegermutter. Die ist eine sehr gütige Frau. Aber sie ist auch das unhinterfragte Oberhaupt der Großfamilie, und was sie sagt, gilt. Ein Jahr nach der Hochzeit kommt das erste Kind zur Welt, der Sohn Aziz. Beate fühlt sich sehr allein. Manchmal schreit das Baby, und sie weiß nicht, warum. Keine Mutter, keine Freundin, die ihr raten könnten. Eines Tages stehen mehrere türkische Frauen vor ihrer Tür. Sie wohnen im gleichen Haus, haben Blumen, Babywäsche und Gebäck dabei und wollen Beate gratulieren. Und sie kennen sich aus mit Babys. „Ich fragte mich damals, woher kommt diese Warmherzigkeit, diese Solidarität unter Frauen,“ erzählt sie. Sie kann sich gut in die Situation der anderen Frauen hineinversetzen: „Ich fühlte mich ja selbst wie ein Ausländer im eigenen Land.“

Dann muss Beate wieder ins Krankenhaus. Es stellt sich heraus, dass sie sich bei der Entbindung einen schweren Infekt zugezogen hat. „Glauben Sie an Gott?,“ fragt sie der behandelnde Professor. Und als sie verneint, fügt er hinzu: „Das sollten Sie aber!“ Denn sie ist nur knapp einer tödlichen Bauchfellvereiterung entgangen. Beate muss mehrfach operiert werden. Wohin also mit dem kleinen Aziz? Die Al Katibs beschließen, ihn zu den Großeltern nach Ostberlin zu bringen. Dazu brauchen sie erst mal ein ärztliches Attest, dass die Mutter im Krankenhaus liegt, dann müssen sie vom Westen aus ein Visum für das Baby beantragen. Im Osten müssen dann die Großeltern das Kind bei der Volkspolizei anmelden. So ist der offizielle bürokratische Gang. Aber manchmal ist Eile geboten, weil Beate immer wieder ganz schnell ins Krankenhaus muss. Dann sind die Grenzer zuweilen überraschend unbürokratisch. Sie kennen inzwischen

den Vater, der immer wieder - in Tränen aufgelöst und ganz außer sich vor Angst um seine Frau - mit seinem Kind auf dem Arm über den Grenzübergang Bornholmer Straße möchte. Sein erstes Lebensjahr verbringt Aziz praktisch – mit kleinen Unterbrechungen – im Haushalt der Großeltern. Er wird dort geimpft, und ist generell Nutznießer der DDR-Säuglingsfürsorge. Beate darf nach Ostberlin, was ja nicht jedem Republikflüchtling erlaubt wurde. Wenn sie ihren Sohn zwischen zwei Krankenhausaufenthalten dort besucht, versuchen die Grenzer, sie wieder für die DDR zu gewinnen. „Die sagten dann Sachen, wie: Kommen Sie doch wieder zu uns, was wollen Sie denn im Westen? Sie finden sicher auch bei uns einen Mann.“ In dieser Zeit beginnt Beate, sich erstmalig mit religiösen Fragen auseinander zu setzen. Ihre türkischen Nachbarinnen nehmen sie mit in die Moschee. Beate lernt deutsche Frauen kennen, die zum Islam übergetreten sind. Und sie beginnt, Bücher über den Islam zu lesen. Ihr Mann ist zunächst wenig begeistert vom religiösen Eifer seiner Frau. Er ist zwar in muslimischen Traditionen erzogen worden, hat aber damals ein eher pragmatisches Verhältnis zum Islam. Nun gibt es plötzlich keinen Rotwein mehr zum Essen und keinen Sekt mehr bei festlichen Gelegenheiten. Andererseits hat er selbst den Eindruck, als Vater, der er nun ist, müsse er auch für seine Kinder ein Vorbild sein. „Viele Frauen treten ja wegen ihres Mannes zum Islam über,“ sagt Beate, „bei uns war es eher so, dass er meinetwegen sich wieder stärker damit beschäftigt hat.“

Fußball im Winter Roter Stern 06



Nach samstäglichen Spielen im Sommer haben wir zwar derzeit keinen geschützten Trainingsplatz, aber jeder der Lust hat, mit uns zu trainieren kann sich bei Beate oder Udo melden



*Wir bieten Ihnen große Räumlichkeiten
für Ihre Festlichkeiten.
Ob Geburtstagsfeiern, Betriebsfeiern oder Hochzeiten.
Wir bieten den richtigen Platz für Feiern aller Art.*

Torfstr. 9 (U-Bhf. Amrummerstr.)
13353 Berlin
Tel.: 030 - 41729813
www.ruchita.de

1978 legt Beate Al Katib in einer Kreuzberger Moschee das islamische Glaubensbekenntnis ab und ist damit Muslimin. „Das war ein sehr bewusster Schritt.“ Wäre sie damals in eine christliche Kirche eingetreten, könnte sie nun in Ruhe überlegen, welchen Stellenwert die neue Religion von nun an in ihrem Alltag einnehmen soll. Aber sie wird Muslimin und ist durch ihr Kopftuch auch für jeden als solche erkennbar. Beate fühlt sich wie auf dem Präsentierteller. Wenn sie auf ihrem Lieblingsfriedhof spazieren geht, bekommt sie schon mal Bemerkungen zu hören, wie: „Nicht mal hier hat man Ruhe vor denen.“ Besonders schlimm wird es nach dem 11. September 2001. „Plötzlich richteten sich alle Augen auf mich,“ erinnert sich Beate. „Ich stand unter dauerndem Rechtfertigungsdruck. Ich hatte Schuldgefühle und fühlte mich hilflos, irgendwie, als ob ich für den Anschlag mitverantwortlich wäre.“

Nach dem 11. September, das bestätigen viele Muslime, wurde ihre Situation in Deutschland sehr viel schwieriger, als sie sowieso schon war. Während niemand auf die Idee käme, beispielsweise die katholische Kirche für die Anschläge der IRA verantwortlich zu machen, gibt es seit diesem Datum die Tendenz, den Islam generell zum Feindbild der westlichen Welt zu erklären. „Ich habe es oft schon in der U-Bahn gemerkt, dass es irgendwo wieder einen Anschlag gegeben hat, auch ohne die Nachrichten gesehen zu haben,“ sagt Beate Al Katib. „Allein an der Art, wie die Leute mich angeschaut haben.“

Mittlerweile haben die Al Katibs fünf Kinder. Aziz studiert Umwelttechnik an der TU. Seine vier Geschwister gehen noch zur Schule und bringen gute Noten nachhause. Hin und wieder begleiten sie ihre Mutter zum Freitagsgebet in die Bilal-Moschee in der Weddinger Drontheimer Straße, das Zentrum des „DMK“. Dieses Kürzel bedeutet „Deutschsprachiger Muslim Kreis Berlin“ und steht für einen Moscheeverein, in dem vor allem Muslime deutscher Herkunft organisiert sind. Gelegentlich besucht Beate dort auch die Frauengruppe. Viele DMK-Frauen sind Akademikerinnen oder mit muslimischen Akademikern verheiratet und beschäftigen sich intensiv mit dem Koran. Beispielsweise mit der Stellung der Frau im Islam: Da müsse man genau unterscheiden, „was Tradition ist und was Islam,“ erklären sie selbstbewußt. „Wir deutschen Muslime sind nicht so belastet von der Tradition.“ Dennoch, oder vielleicht genau deswegen, tragen die meisten Kopftuch. Obwohl sie dadurch immer wieder Schwierigkeiten bekommen, etwa bei der Jobsuche. Jetzt gerade.

Man soll seine Überzeugung nicht verstecken, das findet auch Beate Al Katib. Aber manchmal hat sie einfach keine Lust mehr, sich immerzu für ihre Religion zu rechtfertigen. „Ich kann,“ sagt sie, „an Allah auch ohne Kopftuch glauben.“



Armutsspirale stoppen

Ein kurzer sozialdemokratischer Kommentar zum 3. Armuts- und Reichtumsbericht und der Stellungnahme der Nationalen Armutskonferenz.

Die Eckpunkte des 3. Armuts- und Reichtumsberichts zu Lebenslagen in Deutschland haben deutlich gemacht, was bereits durch andere veröffentlichte Studien bekannt war: Die Schere der Einkommens- und Vermögensverhältnisse ist in den letzten Jahren extrem auseinandergegangen. Aufstiegsmöglichkeiten sind schwerer geworden, weil die Abschottung der Eliten nach unten mit Hinweis auf die Globalisierung zugenommen hat. In der Stellungnahme der Nationalen Armuts-Konferenz (NAK) wird dies noch einmal schön zusammengefasst.

Die Entwicklung, dass auf der einen Seite 10 Prozent der Haushalte mittlerweile fast 60 Prozent des gesamten Vermögens besitzen und auf der anderen Seite für immer breitere Bevölkerungsschichten das Armutsrisiko wächst, erfordert unter Verteilungsgesichtspunkten eine Neujustierung unter anderem von Steuern und Abgaben.

Dazu brauchen wir:

1. Eine Einkommenssteuer, die mittels Progression die Höhe der unverhältnismäßig stark gestiegenen hohen Einkommen berücksichtigt und die Steuern und Abgaben der unteren bis hin zu den mittleren Einkommen senkt. Die Absenkung des Spitzensteuersatzes war ein großer Fehler.
2. Die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Vermögenssteuern sind in anderen Ländern üblich und tragen dort in erheblichem Umfang - in den USA, Großbritannien und Japan beispielsweise zu über 10 % - zum gesamten Steueraufkommen bei, bei uns zu 0,9%.
3. Das Erbschaftssteueraufkommen muss weit über der Beibehaltung des Erbschaftsteuerauf-

kommens von 4 Milliarden Euro liegen. Dabei geht es nicht, um die Erbschaften „des kleinen Mannes“. : "Aber wer als Erbe kassiert, ohne dafür gearbeitet zu haben, soll ruhig etwas abgeben." wie Michael Müller, der Berliner SPD Chef bereits 2005 der Bildzeitung erklärte.

Darüber hinaus dürfen wir bei unserem Werben für den Mindestlohn nicht nachlassen. Für den Mindestlohn ist auch eine eindeutige Haltung der Gewerkschaften gefordert. Sicherlich gibt es Bereiche in denen ein Mindestlohn nicht erforderlich ist und die Tarifautonomie alles regelt. Aber die andere Bereiche können erst dann gesichert werden, wenn es eine bundeseinheitliche Lösung gibt. Das gleiche gilt für das Lohndumping durch Leiharbeit. Wenn in Dänemark ein Leiharbeiter nicht den gleichen Lohn erhält wie die übrigen ArbeitnehmerInnen, wird der Betrieb bestreikt. Eine solch konsequente Haltung wäre auch bei uns wünschenswert. Solidarität kann man nicht einfach an Parteien wegdelegieren.

Und nicht zuletzt geht es bei der Bekämpfung von Armut auch um Bildung. Unser aus der Kaiserzeit stammendes mehrgliedriges Schulsystem versagt. Zu groß ist die Abhängigkeit von der Herkunft. Hier müssen wir bereits mit der vorschulischen Bildung anfangen. Die Qualifizierung der KiTas als Bildungsträger ist sicherlich ein erster richtiger Schritt. Doch wir werden über Kurz oder Lang nicht an einer Vorschulbildung wie im europäischen Ausland herum kommen. Das dazu moderne motivierende Lernformen statt Frontalunterricht gehören, sollte selbstverständlich sein, auch für den Rest der Schulen. Berlin sollte hier eine Vorreiterrolle spielen. Hinzu kommt die Gemeinschaftsschule als Verwirklichung der ursprünglichen Ideen der integrierten Gesamtschule. Bereits in 20ern führt der SPD Schulpolitiker Kurt Löwenstein die Gesamtschule in Berlin ein. Der Versuch die Bildungsspaltung nach 68 zu überwinden scheiterte auf halber Strecke. Nun wird ein zweiter und hoffentlich erfolgreicher Versuch gestartet. Dieser sollte von der SPD alle nur erdenkliche Unterstützung erhalten.



Das alles zeigt eines, es geht mehr als nur um das Hin- und Herschieben von einzelnen Geldbeträgen. Es geht um eine Zukunftsidee. Eine solche existierte bereits in den 50er Jahren mit Schelskys „nivellierter Mittelstandsgesellschaft“. Schelsky prognostizierte, der solidarische Zusammenhalt der nationalen Gesellschaft durch Bildungs-, Transfer- und Sicherungssysteme führe schrittweise zu Entstehung einer breiten, nahezu alle Gesellschaftsgruppen umfassenden Mittelschicht. Damit trat Willy Brandt in den 70er Jahren an und gewann die Wahlen. Alle sollten die Aussicht auf ein bisschen Wohlstand haben. Heute haben zu Recht die meisten Menschen Angst vor Armut. Auch wenn das damalige Wohlstandsmodell den heutigen (europäischen) Realitäten angepasst werden muss.

Wenn die SPD weiter eine Volkspartei bleiben will und ein Synonym für soziale Gerechtigkeit, muss sie der jetzigen fatalen Entwicklung wieder ein solches soziales Modell entgegenstellen. Daran ist dann auch die Frage nach parlamentarischen Mehrheiten auszurichten und nicht an Fragen aus dem kalten Krieg. Die Menschen, auch die Mitglieder dieser Partei, haben ein Anrecht darauf wieder Mut und Hoffnung zu schöpfen und mit Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Wer unter dem Verweis auf die Globalisierung nur Durchhalteparolen ausgibt, muss sich nicht wundern, wenn wie in der neuesten Studie der Friedrich_Ebert-Stiftung nachzulesen ist, nur noch 60% unsere demokratische Grundordnung für ein gutes System halten.

U.O.

Hajra Euromarkt

**jeden Morgen
frische Brötchen**





gute & preiswerte
Lebensmittel und Waren
des täglichen
& Afrikanische Kosmetik

Öffnungszeiten:
Von Mo. bis Fr.:
7:30 bis 20:00
Samstags:
7:30 bis 19:00



Am U Bhf. Amrumer Straße, zu finden in der
Föhrer Straße 8 (Ecke Fehmarnner Straße)

Grundeinkommen – pauschal, unsozial!

In der 5. Ausgabe der „Propagandistin“ hat sich Rico Todzi in seinem Beitrag Eine „Immer mehr Kinder verwaarloosen in Deutschland. Ein Grundeinkommen würde gerade den Problemfamilien gut tun“ mit dem Schicksal von Familien in schwierigen Familien auseinandergesetzt und zur Lösung des Problems die Einführung eines „Grundeinkommens“ vorgeschlagen – eine Reaktion

von Julian Zado

Zur Bewertung der doch nicht gerade selbstverständlichen Forderung nach einem „Grundeinkommen“ ist zunächst festzustellen, was unter „Grundeinkommen“ zu verstehen ist. In der politischen Debatte gibt es verschiedene Modelle für ein existenzsicherndes Grundeinkommen, die darzustellen den Umfang dieser Publikation sprengen würde. Die Modelle kommen dabei sowohl aus der gesellschaftlichen Linken als auch von Konservativen und Liberalen. So hat



beispielsweise auch die Bundes-FDP ein Grundeinkommen als politische Forderung beschlossen. Zwei Merkmale sind allen Grundeinkommensmodellen gemeinsam.



Zum einen soll allen BürgerInnen unabhängig vom individuellen Bedarf oder anderer Bedingungen der gleiche Betrag zur Verfügung gestellt werden. Dieses Einkommen soll existenzsichernd sein und damit alle anderen Sozialleistungen ersetzen. Einzige Ausnahme ist bei einigen Modellen eine Krankenversicherung. In anderen Modellen ist die Krankenvorsorge vollständig privat und individuell zu besorgen.

Zweite Gemeinsamkeit: Vollbeschäftigung als politisches Ziel wird aufgegeben. Das existenzsichernde Grundeinkommen soll verhindern, dass Menschen Arbeit suchen bzw. annehmen müssen. So soll eine größere Selbstverwirklichung ermöglicht werden, denn Menschen könnten

ohne Druck – so jedenfalls die BefürworterInnen – einer beliebigen Tätigkeit nachgehen.

Gezielte Sozialleistungen müssten abgeschafft werden

Unabhängig von seiner konkreten Ausgestaltung sprechen eine Reihe grundsätzlicher Erwägungen gegen die Einführung eines Grundeinkommens. Ein Grundeinkommen ermöglicht keineswegs eine so freie Entfaltung, wie dies unterstellt wird. Erwartet wird das Entstehen eines großen Sektors an Freiwilligenarbeit, weil Leute nicht mehr einer Erwerbsarbeit nachgehen müssen. Doch ist das wirklich der Fall? Die Modelle, die von konservativer Seite vorgeschlagen werden, sind so niedrig bemessen, dass sie eine faktische Kürzung der bisherigen Sozialhilfe bedeuten würden. Zum Leben reichen würde dies kaum. Aber selbst ein relativ großzügig bemessenes Grundeinkommen von 1000 Euro würde zwar die materielle Situation von Menschen, die gegenwärtig „Hartz4“ beziehen, verbessern. Aber in Sondersituationen, wie zum Beispiel nach Unfällen, bei Behinderungen, die teure Hilfsmittel erfordern, stünden die EmpfängerInnen sehr viel schlechter da.

Durch die hohen Kosten, die ein bedingungsloses Grundeinkommen verursachen würde (im Jahr 2005 bei einem Satz von 1000 Euro ca. 40% des Bruttoinlandprodukts), gingen die Möglichkeiten einer qualitativ hochwertigen, an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichteten Ausgestaltung des Sozialstaats verloren. Gerade die in dem Beitrag aus der 5. „Propagandistin“ eingeforderte individuelle staatliche Kontrolle und Versorgung, wäre nicht mehr finanzierbar. Stattdessen würden die Menschen ihrem weiteren Schicksal überlassen. Sie haben ja schließlich ein Grundeinkommen, durch das sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können.

Die gesellschaftliche Spaltung wird festgeschrieben



Auch die Aufgabe des politischen Ziels Vollbeschäftigung hätte nachteilige Konsequenzen. Arbeit trägt bei den allermeisten Menschen immer noch am meisten zur gesellschaftlichen Integration bei. Gleichzeitig ist Arbeit auch notwendig, um gesellschaftlichen Fortschritt zu generieren. Nur was erwirtschaftet wird, kann auch verteilt werden. Deshalb kann eine Gesellschaft nicht darauf verzichten, dass es Erwerbstätigkeit gibt. Es ist auch genügend Arbeit da, sie ist gegenwärtig nur ungerecht verteilt. Ein Grundeinkommen würde bedeuten, dass dieser Zustand so akzeptiert werden könnte, jedenfalls bestünde kein Druck mehr, an den gegenwärtigen Verhältnissen etwas zu ändern. Die Spaltung der Gesellschaft in durch Erwerbsarbeit Integrierte und von Erwerbsarbeit Ausgeschlossene würde festgeschrieben. Auch die materiellen Verhältnisse würden festgeschrieben.

BezieherInnen eines Grundeinkommens würden dauerhaft von der Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ausgeschlossen. Sie bekommen, was zum Leben notwendig ist, aber eben nicht genug, um wirklich alle individuellen Bedürfnisse und Wünsche befriedigen zu können. Nur wer Arbeit hat, kann dagegen mehr Geld verdienen. Dieser Zustand ist auch nicht bedingt durch die konkrete Ausgestaltung des Grundeinkommens, sondern entspricht der Logik jedes Grundeinkommenmodells. Wenn nämlich alle so viel bekämen, dass fast alle Bedürfnisse durch das Grundeinkommen abgedeckt würden, dann wäre Erwerbsarbeit so unattraktiv, dass wohl kaum noch so viel gearbeitet und damit erwirtschaftet würde, um das Grundeinkommen für alle zu finanzieren.

Das Grundeinkommen ist deshalb strukturell darauf angelegt, dass es eine Mehrheit gibt, die arbeitet und Wohlstand genießt und eine Minderheit, die nicht arbeitet und gerade das bekommt, was zum Leben notwendig ist. Gerade aus sozialdemokratischer Sicht ist eine solche Vorstellung über die Gesellschaft inakzeptabel. Aus diesem Zusammenhang wird auch deutlich,

dass die Entscheidung zwischen Arbeit oder Nichtarbeit keineswegs so „freiwillig“ ist, wie von den BefürworterInnen eines Grundeinkommens propagiert wird. Hinzu kommt, dass es eine nicht nachvollziehbare Ungerechtigkeit darstellte, wenn auch diejenigen, die über Vermögen oder hohe Einkommen verfügen, ebenfalls ein Grundeinkommen beziehen würden, selbst wenn sie im Gegenzug zu höheren Steuern verpflichtet würden.

Stattdessen: Die bestehenden Instrumente verbessern

Eine Verbesserung der finanziellen Situation von Armen würde tatsächlich den Druck reduzieren. Dies kann aber nicht durch die Einführung eines Grundeinkommens erreicht werden. Viel wirksamer wäre eine Reform der aktuellen sozialstaatlichen Regelungen. Es ist richtig, dass die Mittel, die BezieherInnen von Mitteln nach dem SGB II („Hartz4“) erhalten, nicht ausreichen, um wirklich soziale, politische und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Angemessene Antworten darauf wären jedoch Maßnahmen, wie eine Erhöhung des Regelsatzes, die Abschaffung des reduzierten Regelsatzes für Kinder und Jugendliche und die Abschaffung der Pauschalisierung von Einmalkosten. Gleichzeitig sollte gerade im Hinblick auf die im Artikel von Rico Todzi beschriebenen „Problemfamilien“ repressive Sanktionen durch eine tatsächliche aktive Förderung ersetzt werden. Ein Grundeinkommen, wie es in diesem Artikel beschrieben wurde, ist jedenfalls keine angemessene sozialdemokratische Antwort auf die beschriebenen Probleme.

Neujahrssessen

Am Freitag,
den 23.01.2009
19:00 Uhr

Der Ort steht noch nicht fest

Siehe www.gruenes-dreieck.de → Termine





Aus der Abteilung

Berichte aus unsere Abteilung

SPD- Sommerfest

Manchmal ist es an der Zeit sich auch einmal selbst zu loben und auf die Schulter zu klopfen. Wir als Sozialdemokraten tun uns damit ja traditionell recht schwer. Das Sommerfest 2008, welches unsere Abteilung zusammen mit dem ASB auf dem neu geschlossenen Nordufer organisiert hatte gibt uns jedes Recht dazu. Rund 20 Marktstände, ein tolles Bühnenprogramm, Hüpfburg, Ponyreiten und Kaiserwetter machte das Fest dieses Jahr zu einem Highlight im Sprengel- und Brüsseler Kiez. Mehr als 200 Liter Bier und 140 Grillwürste und 50 verkaufte Steaks sind Beweis genug wie gut unser Fest bei den Bürgerinnen und Bürgern im Kiez ankam und was es heißt als Partei im Kiez mit den Bürgern verwurzelt zu sein. Das macht uns so schnell keiner nach!



Eindrücke vom Sommerfest Aufgenommen von Rico

Wir wünschen all unseren Lesern und Werbepartnern ein Frohes Weihnachtsfest und einen guten Start in Neue Jahr. Wir danken Euch für die Unterstützung dieses Projektes
Die Redaktion





Feuilleton

Hier gibt's Geschichte und Geschichten aus der Sozialdemokratie

Wahlkampf in Amerika – Zwei Seiten eines Landes

Von Sebastian Trommsdorff

Ich hatte vom 07.10.08 bis 21.10.08 durch alte parteikontakte, welche ich durch die frühere Mitgliedschaft in der „Working Families Party“ New Yorks erwarb, die Möglichkeit am demokratischen Wahlkampf für Barack Obama in New York City und Pennsylvania teil zu nehmen. Dabei sah ich zwei Seiten eines tief gespaltenen Landes. Beginnen möchte ich in New York:

Das Wahlkampfbüro des „Democratic Club“ befindet sich auf der Upper West Side auf dem Broadway Höhe 95. Strasse. Es ist eine ziemlich noble Gegend mit quasi keiner farbigen, dafür aber einer stark jüdisch geprägten Bevölkerung in direkter Nachbarschaft zur Columbia University, welche sich ab der 115. Strasse Nordwärts zieht. Das Büro, wenn man es denn so nennen kann war zwar technisch miserabel ausgestattet aber überbordend mit freiwilligen Wahlkampfhelfern. In New York City ist es schick für Obama zu sein. Überall werden zu teils horrenden Preisen Obama-Devotionalien vom Button über das T-Shirt hin zu gigantischen Postern feil geboten und gekauft. Aus deren Erlösen und massiven Spendengeldern wird das Büro und alles andere finanziert. Der Rest wird Obama für seinen Wahlkampf in den famosen „Swing-States“ gespendet. Ausgaben für Wahlkampfmaterialien gibt es nicht, da weder Flyer noch sonstigenetwas an die Leute verteilt werden. Auf meine Frage warum dem so ist, sagte man mir dass hier niemand mehr überzeugt werden müsse. Ich konnte es nicht glauben, wurde aber eines besseren belehrt. In meiner kompletten Wahlkampfzeit in New York begegnete ich nicht ei-

nem einzigen Mc Cain Wähler. Wir waren hauptsächlich damit beschäftigt den Studenten aus zu reden in New York ab zu stimmen. Lieber sollten sie zu Hause in Texas, Ohio, Connecticut oder eben Pennsylvania durch ein „Absentee Ballot“ an den Wahlen teil nehmen... Dort sei Ihre Stimme mehr Wert da dringender gebraucht.

Also alles in allem der langweiligste Wahlkampf den ich je mitgemacht habe. Kein Gegner weit und breit, alle waren gefangen in der „Obamania“.

Dieser Eindruck änderte sich jedoch Schlagartig als ich an einer Wochenendwahlkampfbustour nach Pennsylvania teil nahm... Da Pennsylvania hauptsächlich von deutschstämmigen bewohnt wird, waren alle der Meinung es sei eine gute Idee einen deutschen mit zu nehmen. Ich war ebenfalls angetan von der Idee, da mir versprochen wurde dort, im ländlichen Pennsylvania, auf Wähler treffen würde die noch zu überzeugen waren und nicht sowieso auf unserer Seite. Dem war dann auch so: Von Beschimpfungen über freundliche Aufnahme reichte das Programm der Gefühle. In einem Haus begegnete ich einer alten Matriarchin im Rollstuhl die mich auf deutsch über Deutschland ausfragte und mich nach einer Weile fragte, wie es den sein könnte das Deutsche Neger unterstützen würden. O-Ton: „So was gab es zu meiner Zeit nicht!“. Andere knallten uns einfach die Türe vor der Nase zu... Manchmal gab es noch ein paar unflätige Ausdrücke hinterher. Oft kam auch der Vorwurf Obama sei Sozialist... „I wish he would!“.

Auf der anderen Seite fand ich aber nur wenige die explizit für McCain waren.

Trotzdem glaube ich dass wir im allgemeinen und ich im besonderen durchaus Wirkung entfaltet haben, da die Leute schon beeindruckt davon waren was wir bereit waren für Obama zu tun. Der Vorwurf Obama sei Sozialist ist übrigens völlig an den Haaren herbeigezogen. Denn wenn man sich einmal genau ansieht was Oba-



mas Ziele und Ansichten sind, so stellt man fest dass er eher am konservativen Rand der demokraten an zu siedeln ist. Hillary Clintons Pläne zu Renten-, Gesundheits- und Bildungspolitik sind weit linker als alles was Obama bisher hat verlauten lassen. Ich würde in Deutschland höchstwahrscheinlich nicht für Obama stimmen... nicht Links genug... zu Neoliberal.

Aber zurück zur Landbevölkerung... Wenn man also in Umfragen liest das soundsovielen noch unentschieden seien, so fragen sich diese (weißen) Leute nur ob sie für einen Schwarzen stimmen können.

Wenn diese Ausgabe erscheint ist Obama hoffentlich als Wahlsieger aus dieser Kampagne hervor gegangen und das (weiße) Vorstadtmexiko wird bewiesen haben dass es nicht ganz rassistisch ist wie es sich mir dargestellt hat.

Eure Kritik oder Beiträge könnt ihr loswerden unter:

propagandistin@gruenes-dreieck.de

Josef Winkler, der Büchnerpreis und die bundesdeutsche Gegenwartsliteratur

Von Christina Ujma

Nach dem Ärger um Martin Mosebach hat sich die deutsche Akademie für Sprache und Dichtung mit dem Österreicher Josef Winkler diesmal einen Büchnerpreisträger ausgesucht, der eher ins progressive Lager gehört, erweckte damit aber wieder wenig Begeisterung. Die konservativen bzw. zeitgeistigen Feuilletons von Zeit, Spiegel oder FAZ waren erwartungsgemäß wenig erfreut und im progressiven politischen Spektrum stieß die Prämierung Winklers auf wenig Interesse.

Wechselseitige Abneigung – Deutsche Linke und Gegenwartsliteratur

Das gesellschaftskritische Engagement der Gegenwartsliteratur ist schon lange vorbei und linke Interesse an der bundesdeutschen Kulturszene der Gegenwart ist minimal. Dies ist in unserem Nachbarland Österreich deutlich anders, dort ist die Literatur wie nach wie vor engagiert und protestfreudig, weshalb die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, die den Büchner-Preis auch ein wenig nach dem politischem Schema Links-Rechts-Unpolitisch zu verteilen scheint, bei der Prämierung progressiver AutorInnen regelmäßig zu österreichischen SchriftstellerInnen greift. Elfriede Jelinek und Friederike Mayröcker sind schon Büchnerpreisträgerinnen gewesen, ähnlich wie Winkler machen sie dem rebellischen Namensstifter durchaus Ehre. Diesbezüglich wird man in Deutschland bei der Suche nach geeigneten Kandidaten kaum fündig, es gibt zwar noch linke SchriftstellerInnen, aber nicht unbedingt welche, die für den wichtigsten deutschen Literaturpreis geeignet wären. Das weitgehende Absterben der progressiven bundesdeutschen Literatur hat schon so manches preisverleihende Gremium in Verlegenheiten gestürzt, denn die wichtigsten deutschen Literaturpreise sind nach progressiven Schriftstellern benannt, z.B. der Heinrich Heine Preis oder der Döblin Preis, für die sich allesamt kaum noch geeignete KandidatInnen finden. Diese Tatsache kommt nicht von ungefähr, denn politische interessierte Literatur hat kaum noch einen Platz, an dem sie sich entfalten könnte. Die großen Feuilletons machen Nachwuchsschriftsteller, die sich vermeintlich uncoolen politischen Themen widmen erbarmungslos nieder oder ignorieren sie einfach. Linke Zeitungen oder Zeitschriften, die statt Bekenntnisaufsätze zu verlangen, dem engagierten Nachwuchs auch ohne ideologischen Reinheitstest Raum geben würden, existieren kaum.

Selbst der Friedenspreis des deutschen Buchhandels ging dieses Jahr nicht an einen Schriftsteller, sondern an Anselm Kiefer, den renomiertesten deutschen Maler der Gegenwart. Seine Rede war dafür literaturgesättigter und poetischer als das meiste, dass man in den letzten Jahren von den prämierten Autoren zu hören bekam. Sein Thema war das Erinnern in Deutschland, vor allem an den Holocaust in Nachkriegsdeutschland. Er zitierte Ingeborg Bachmann, Paul Celan, Nelly Sachs aber auch Ernst Bloch und erinnerte an das 1848er Paulskirchenparlament. Die letzteren beiden Referenzen wurden in der Berichterstattung der großen Feuilletons einfach ignoriert, was noch einmal zeigt, wie effektiv die Ausgrenzung progressiver Inhalte funktioniert. Die konservativen Feuilletons reagierte auf Kiefers hoch poetische und hoch intellektuelle Rede mit eben soviel Unverständnis wie die hessische und gesamtdeutsche Politikerelite im Publikum, deren gelangweilt-desinteressierten Gesichtern man deutlich ansehen konnte, dass sie nicht mit Poesie oder Reflexionen über die deutsche Vergangenheit belästigt werden wollen.

Juso-AK

- ✓ Projekt Leopoldplatz
- ✓ Jugendolympiade im Kiez
- ✓ Schulungen der Mitglieder bei Rhetorik, Moderation und Arbeitsorganisation
- ✓ Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler
- ✓ Kontakt zu anderen Jugendorganisationen
- ✓ Öffentlichkeitsarbeit im Kiez

Juso-AK - in der Regel
jeden 2. Mittwoch
des Monats
19 Uhr im
Dazwischen



Rabiater Kritiker der Österreichischen Borniertheiten

Das Werk des diesjährigen Büchnerpreisträgers Josef Winklers Werk hat für die Leser ähnliche Zumutungen bereit, weshalb die konservativen Feuilletons ähnlich reagierten. Rechte wie Linke bevorzugten gegenwärtig anscheinend seichte Zeitgeist- und Lifestyleprosa, wie die eines Martin Mosebach, die es einfach macht, dafür oder dagegen zu sein. Literatur nach literarischen Maßstäben zu beurteilen, ist dagegen vollkommen aus der Mode gekommen, biographische Anekdoten sind dafür sehr im Trend. Josef Winkler ist dafür das beste Beispiel, in den Artikeln, die sich mit dem Büchnerpreisträger beschäftigen, findet sich wenig zum Werk, aber viel zu Winklers Biographie. Das liegt wegen dessen autobiographischer Färbung einerseits nah, andererseits steht seine hochpoetisch und hochartifizielle Sprache dieser Lesart sehr entgegen. Immerhin, Winkler spielt das Spiel der Kritiker mit und gibt den Enzensepp, den Jungen vom Dorf, der schreibend seine unglückliche Kindheit im Kärntner Dorf abarbeitet. Vermutlich ist das sicherer als darauf zu hoffen, dass die Kritik dem Werk journalistisch sinnvolle Artikel abgewinnt. Zudem brauchen Schriftsteller Literaturpreise nicht nur des Ruhmes, sondern auch der Bestreitung des Lebensunterhaltes wegen, so liegt es nah, sich mit den Feuilletons möglichst gut zu stellen.

Winkler gab sich bei der Preisverleihung jedenfalls respektvoll, seine Rede befasste sich mit seiner Kindheit und Jugend, sowie der Rolle die die Literatur als Vehikel zur geistige Flucht aus der Enge und Borniertheit des kärntner Dorfes spielte. Er überließ es seinem Laudator Ulrich Weinzierl genüsslich mit den deutschen Feuilletons ins Gericht zu gehen, die meinten, Winkler sei in seinem Rebellentum und der rabiater Kritik an österreichischer Borniertheit

im Allgemeinen und kärntner Borniertheit im Besonderen irgendwie unzeitgemäß:

„Das angeblich Unzeitgemäße der Winklerschen Texte und Themen ist in Wirklichkeit von bestürzender Aktualität. Ich spreche von den Folgen des Unfalltods des österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider, des postum geradezu kultisch verehrten Kärntner Landeshauptmanns, des tatsächlich meistgeliebten Politikers in Kärnten seit Adolf Hitler, der sich – wie nach anfänglichen Vertuschungsversuchen zu erfahren war – in einem Klagenfurter Schwulenlokal 1,8 Promille angetrunken hatte und danach ins Verderben raste. Halb Kärnten fühlt sich seit dem Ableben seines so genannten „Landesvaters“ verwaist, ist eine ihres Oberhauptes und Schutzpatrons beraubte Familie beziehungsweise Volksgemeinschaft. Tränenselig trauert die vaterlose Gesellschaft dem entschwundenen, mit 58 immer noch relativ jugendlichen Patriarchen nach.“³

Außenseiter

Josef Winkler ist Aussenseiter und hält dies auch für die dem Schriftsteller angemessene Position, wie er in seinen Frankfurter Poetik Vorlesungen des Jahres 2007 durchaus programmatisch formulierte. Er betreibt gezielte Tabubrüche, schreibt gegen Alltagsfaschismus und Prüderie. Die offene Thematisierung der Homosexualität des bisexueller Schriftstellers ist so wichtig wie das antikatholische Ressentiment, welches sein Werk von Anfang an kennzeichnen. Seine ersten literarischen Gehversuche machte er als Exponent der kritischen Heimatliteratur. Der Debütroman „Menschenkind“ von 1979 führt sein Dauerthema ein, die alltägliche Repression und Dumpfheit in der katholisch-alpinen

Dorfwelt, die zwei homosexuelle Knaben in den Doppelselbstmord treibt. „Menschenkind“ war der Auftakt zur Roman-Trilogie „Das wilde Kärnten“, mit der er sich seinen Platz in der deutschsprachigen Gegenwartsliteratur sicherte. Die heimische Dorfwelt, in der er durch seine autobiographischen Romane vom Outsider zum Ausgestossenen wurde, war wieder und wieder Schauplatz seiner Romane. Seine Auseinandersetzung mit dieser Dorfwelt war dazu angetan, die deutsche wie die österreichische Kritik zu schocken, in der Laudatio auf den Büchnerpreisträger heißt es dazu:

„Stellen Sie sich bitte vor, wie es in Österreich, in Kärnten gewesen sein muss, als ein 26jähriger Kärntner Bauernsohn vor drei Jahrzehnten seinen ersten Roman vorlegte. In „Menschenkind“ von anno 1979 ist all das – die Rebellion gegen übermächtige patriarchalische Gewalt, gegen die katholische Kirche als deren transzendente Fortsetzung ins Irdische, gegen die brutale Unterdrückung einer der Norm widersprechenden Liebe – der zwischen jungen Männern – ohne Umschweife ausgesprochen. Ein falsches Verb. Denn das Skandalöse wurde in einer barock metaphernverbuhlten, blut-, sperma- und todgetränkten Sprache kunstvoll und fortissimo zugleich hinausgeschrien.“⁴



3

http://www.deutscheakademie.de/druckversionen/Ulrich_Weinzierl.pdf

⁴ Ebd.



Tod und Ewigkeit in Rom

Irgendwann hatte er sich aber dann die Verletzungen, die ihm aufgrund seiner Sensibilität und homosexuellen Veranlagung zugefügt wurden, vom Leib geschrieben. Fast unmerklich hat sich durch die damalige zweite römische Heimat des Autors eine Distanzierung und Themenverschiebung ergeben. Der 1990 erschienene Roman "Friedhof der bitteren Orangen" ist vorwiegend in Rom und Süditalien angesiedelt, dessen 2001 erschienene Fortsetzung "Natura Morta" spielt zur Gänze in der Ewigen Stadt. War "Friedhof der bitteren Orangen" noch von häufigem Wechsel der Schauplätze, von der permanenten Rückkehr des Erzählers aus Rom oder Süditalien in die Enge des heimischen Dorfes geprägt, braucht Winkler diese Rückversicherung in der Novelle "Natura Morta" nicht mehr. Der Dichter vom Land ist endgültig in der Stadt angekommen.

Der *Allerheiligenhistoriker*, *Karfreitagspsychologe*, *Christihimmelfahrtsphilosoph*, und *Mariaempfangnisneurotiker*, wie die Kritiker ihn gelegentlich nannten, bewies hier aufs Schönste, dass er nicht auf kritische Heimatliteratur festzulegen ist, sondern genauso eindringliche und intensive Stadttex te schreiben kann. "Natura Morta" ist insgesamt weit weniger schräg, provokant und sexuell explizit als "Friedhof der bitteren Orangen", vermutlich deshalb wurde die Novelle kurz nach ihrem Erscheinen mit dem Döblin-Preis bedacht. Rom, wie es wenige kennen, porträtiert er in beiden Werken. "Natura Morta" ist weit weniger komplex als der Roman "Friedhof der bitteren Orangen", der Reisetagebuch, Stadtbeschreibung, österreichisches Gebetbuch, Mumien der Palermitaner Kapuzinergruft, Zeitungsnotizen, italienische Lyrik und einige andere Ingredienzien zu einem hochliterarischen Text vermischt, in dem der Erzähler alltäglichem Schrecken und historischen Greueltaten

nachjagt. "Natura Morta", wie der Name bereits sagt, eine Art Stilleben, kleinformatig und beschränkt in der Themenwahl, während "Friedhof der bitteren Orangen" ein barockes Der Roman hält sich von Pomp und Pracht des historischen Zentrums der Stadt Rom weitgehend fern, sein Erzähler verkehrt vor allem in den Quartieren der Unterschicht, die er mit weniger an Fellini als an Pasolini geschultem Blick beschreibt. Zu seinen bevorzugten Schauplätzen zählt das Gründerzeitviertel Esquilin, hier leben die Armen, die Huren, die Junkies, die Stricher, die illegalen Farbigen und die Zigeuner. Der homosexuelle Erzähler streift dabei meist durch eine fremde dunkle Schattenwelt, Armut, Elend und surreal-expressionistisch angehauchter Todeskult sind besondere Kennzeichen seines barock opulenten Narrativs. Dabei ist Winklers Darstellung keineswegs voraussetzungslos, ganz im Gegenteil, im Roman „Friedhof der bitteren Orangen“, der seinen Namen von einem Neapolitaner Armenfriedhof entlehnt, findet sich so manche Anspielung auf die Tradition der unidealisierten Italienwahrnehmung. In "Natura Morta" wird jedes Kapitel durch einen Vers des italienischen Dichters Ungaretti eingeleitet, wobei Winkler die Übersetzung von Ingeborg Bachmann verwendet, deren Idee von der Poesie des römischen Alltagslebens durchaus beeinflusst zu haben scheint.

In "Natura Morta" beschränkt sich Winkler im wesentlichen auf das Marktgeschehen auf der römischen Piazza Vittorio Emanuele. Obwohl es im Unterschied zu "Friedhof der bitteren Orangen" eine Art Plot gibt, spielt der Markt die eigentliche Hauptrolle. Winkler kommt zwar mehrfach auf das Stilleben zurück, aber die Novelle ist nicht still oder statisch, sondern extrem unruhig und bewegt, wie es sich für ein Werk gehört, das auf einem römischen Markt angesiedelt ist. Da wird geschrien, gefeilscht und gebettelt, da herrscht Gewimmel, Geschiebe und Gedrängel. Auf der Piazza Vittorio



Emmanuele prallen unterschiedlichen Lebenswelten Roms aufeinander, elegant gekleidete Bürgerinnen, Nonnen, Junkies und Farbige, dazwischen versprengte Touristen, sie alle geben sich auf dem Markt ein Stelldichein.

Blick für die Unterschichten

Mit „Natura Morta“ hat Winkler das für ihn durchaus prägende Italienthema weitgehend abgeschlossen, sein neues Lieblingsziel ist Indien, auch hier bleibt er seiner literarischen Liebe zu Tod und Totenkult treu, nach dem Motto: „Bei den Toten bin ich gerne, sie tun mir nichts und sie sind auch Menschen.“. Ein interessantes Resultat dieser Vorliebe ist der Roman „Domra, Am Ufer des Ganges“ (1996), in dem der Erzähler der unberührbaren Kaste der Leichenbestatter zuschaut, deren Aufgabe die Verbrennung der Toten ist. Wie bei vielen von Winklers Werken, ist die Lektüre Lesern mit schwachen Nerven und empfindlichem Magen nur bedingt zu empfehlen.

„Domra“ zeigt auch noch eine weitgehend unbeachtete Facette seines Werkes, es ist Blick für die Unterschichten, hier die Unberührbaren, in „Friedhof der bitteren Orangen“ und „Natura Morta“ waren es die neuen italienischen Unterschichten, die im wesentlichen aus Migranten, Illegalen, Farbigen und Roma bestehen, die er, bevor das Thema in die europäische und italienische Öffentlichkeit geriet, recht präzise beschrieb. Ihre Armut, ihre Position am Rande der Gesellschaft, die dadurch kenntlich gemacht wird, dass sie einfach irgend etwas verkaufen, um sich zumindest die Ausschussware der Marktleute auf der Markt leisten zu können. Gelingt dies nicht, müssen sie Hunde im Abfall der Marktleute wühlen, um etwas zu essen zu haben. Das Bild das dabei entsteht hat wenig mit den Sehnsuchtsvisionen nordeuropäischer Touristen zu tun, denen ein italienischer Markt oft als dolce vita unter blauem Himmel, als Symbol unentfremdeten

Einkaufes und intakter Urbanität vorschwebt. In „Natura Morta“ erscheint der Markt als Ort, an dem sich die sozialen Hierarchien spiegeln und als Inbegriff einer lauten, schrägen und kaputten Stadt.

Reisen und Schreiben

Der jüngere Winkler fühlte sich damals am Rande der Gesellschaft bei Migranten, Strichern und Underdogs durchaus wohl, der Autor von heute ist ruhiger und solider geworden, ohne dabei seine Randposition aufgegeben zu haben. Er ist inzwischen immerhin Ehemann, Vater und hochdekorierter Schriftsteller geworden, hat eine gewisse Abgeklärtheit, Leichtigkeit und Milde gefunden. Das Italien- wie das Dorfthema scheint er erschöpfend behandelt zu haben, zuletzt mit „Leichnam, seine Familie belauernd“ (2003) und „Roppongi, Requiem für einen Vater“ (2007). Eine Neuorientierung ist noch nicht in Sicht. In dieser Situation hat er einen klassischen Ausweg gewählt, Reisen und darüber schreiben. Die im August 2008 erschienene Essay- und Erzählungssammlung „Ich reiße mir eine Wimper aus und steche dich damit tot“ sammelt Reise- und Leseindrücke. Seine wichtigsten Themen, also die dörfliche kärntner Kindheit, Venedig und Süditalien werden alle noch einmal kurz angerissen, erscheinen aber nur noch als fernes Echo der eigenen lebensgeschichtlichen und literarischen Vergangenheit.

Die SPD im Internet:

www.gruenes-dreieck.de

www.spd-mitte.de

oder zum diskutieren:

www.meine-spd.de

besuche unsere Gruppe vom „Grünen Dreieck“

und diskutiere über diese www.meineSPD.net





Weihnachtszeit ist Spendenzeit

Wir haben viel geleistet in diesem Jahr, zum Beispiel mit ...

- ✓ Einer erfolgreichen Kampagne zur Schließung des Flughafens Tempelhof
- ✓ Unserem wunderbaren Straßenfest auf dem geschlossenen Nordufer
- ✓ Der Werbung vieler neuer Mitglieder
- ✓ Dem Einbringen unserer Interessen in die Bezirks- und Landespolitik
- ✓ begeistert und erfolgreich Fußball gespielt
- ✓ Nicht zuletzt dieser Abteilungszeitung „die Propagandistin“

Das hat uns Kraft und viel Geld gekostet und wir bitten deshalb jeden, der es ermöglichen kann, uns mit einer kleinen oder auch größeren Spende zu unterstützen

unsere Kontoverbindung:
bei der Berliner Volksbank
KTO: 57 30 90 70 03
BLZ: 100 90 000
SPD Mitte, Abt. Grünes Dreieck



J'avais tenter ma chance chez ceux d'en face
Car de Rio à Caracas
J'ai pas ma place, j'ai pas ma place

Peuple d'occident réveille toi réveille toi
Car le matin en déjeunant c'est notre misère que tu bois
Peuple d'occident réveille toi réveille toi
Car si je me tiens maintenant c'est pour te prendre ce que je n'ai pas
Peuple d'occident réveille toi réveille toi
C'est pas tes lois sur l'immigration qui m'empêcheront de venir chez toi
Peuple d'occident réveille toi réveille toi
C'est pas Le Pen ou Pasqua qui supprimeront la dette de nos états

Je suis né dans la misère
On m'a beaucoup parlé de vous
Le Français n'est pas une langue étrangère
Par chez nous
Mon père a quitté l'enfer
Il vit porte de Saint-Cloud
Il y fait des affaires
Il nous envoie des sous
Je mets mon futa
J'quitte mon Afrique natale
Ici j'ai pas l'moral, j'ai pas l'moral

Peuple d'occident réveille toi réveille toi
Car le matin en déjeunant c'est notre misère que tu bois
Peuple d'occident réveille toi réveille toi
Car si je me tiens maintenant c'est pour te prendre ce que je n'ai pas
Peuple d'occident réveille toi réveille toi
C'est pas tes lois sur l'immigration qui m'empêcheront de venir chez toi
Peuple d'occident réveille toi réveille toi
C'est pas Le Pen ou Pasqua qui supprimeront la dette de nos états

Derrière ce vieux cimetière
Je vois mes frères

Das politische Lied

Die SPD war stets auch eine Kulturbewegung. Daher gibt es jedes Mal ein Neues

Dieses Lied wurde von der französischen Musikgruppe Tryo, welche sich selber dem linken Spektrum zurechnet, geschrieben. Es greift die schreiende Ungerechtigkeit in der Weltwirtschaft im allgemeinen und die unfairen Einwanderungsrichtlinien der Industrienationen im besonderen an.

Face aux favelas des gens se prélassent
Je crois bien voir des gamins cirer leur godasses
Ce sont des américains
C'est chez eux que je me casse
Ce sont des américains
C'est chez eux que je me casse
Le lace mes godasses



Ils surveillent le quartier
A l'aide de revolvers
Dedans c'est ma mère qu'on enterre
Les casques bleus n'ont rien pu faire
N'ont rien pu faire !
Je mets mon sac à dos
Marre de Sarajevo
Il paraît que chez vous
Il y a encore des oiseaux

Übersetzung von Sebastian Trommsdorff.

Die Sicht auf die brasilianischen Armenviertel,
die Leute machen es sich bequem,
ich glaube ich sehe kleine Jungen wie sie ihre
Schuhe bohren.
Es sind Amerikaner,
zu denen ich mich verpisse
Es sind Amerikaner,
zu denen ich mich verpisse
Mich langweilen meine Schuhe,
Ich werde mein Glück bei ihnen versuchen,
Weil von Rio bis Caracas,
habe ich keinen Platz,
habe ich keinen Platz..

Volk des Okzidents , Volk des Okzidents wach
auf! Wach auf!
Denn am morgen während des Essens trinkst du
unser Elend...
Volk des Okzidents wach auf! Wach auf!
Denn falls ich mich jetzt aufraffe, tu ich das um
dir zu nehmen, was ich nicht habe.
Volk des Okzidents wach auf! Wach auf!
Es ist nicht das Einwanderungsgesetz, was mich
daran hindern würde, zu dir zu kommen.
Volk des Okzidents wach auf! Wach auf!
Es sind nicht Le Pen oder Pasqua, die die
Schulden unseren Staaten gegenüber löschen.

Ich bin im Elend geboren,
man hat mir viel von euch erzählt,
Französisch ist keine Fremdsprache,
nicht bei uns....
Mein Vater hat die Hölle hier verlassen,

er wohnt in Porte Saint Cloud,
dort macht er so seine Geschäfte,
schickt uns von dort aus Geld.
Ich ziehe mir meine Hose an,
Ich verlasse meine afrikanische Heimat,
hier habe ich keinen Mut, hab keinen Mut.

Refrain

Hinter diesem alten Friedhof,
sehe ich meine Brüder.
Sie überwachen das Viertel,
mit der Hilfe von Revolvern.
Auf ihm ist es meine Mutter die man gerade
begräbt
Die Blauhelme konnten nichts tun,
konnten nichts tun....
Ich schnapp mir meinen Rucksack,
habe die Schnauze voll von Sarajevo.
Es scheint als ob es bei euch,
noch Vögel gibt..

Impressum:

Die „Propagandistin ist die Mitgliederzeitung
der 16. Abt. „Grünes Dreieck“ – SPD Berlin Mitte

Redaktion & AutorInnen:

Andrea Achatz, Christina Ujma, , Ursula Trüper,
Udo Sack, Hanno Winter, Julian Zado, Uwe Ost-
endorff, Rico Todzi, Sebastian Trommsdorff,
Matthias Hübner

V.i.s.d.P.:

Udo Sack, Kurt-Schumacher-Haus, Müllerstraße
163, 13353 Berlin

Layout & Druck:

Hanno Winter, Christopher Vetter, Matthias
Hübner & CopyShop Peter Noak und KSH
Druckerei

KONTAKT:

propagandistin@gruenes-dreieck.de

Deichgraf



Täglich geöffnet von 9.00 - 2.00

Frühstück ab 9.00

Mittagstisch ab 11.30

Küche bis 23.00

